

10

Werte und Einstellungen

Auszug aus dem
Datenreport 2018



32

Prozent der Menschen in Westdeutschland machten sich 2016 große Sorgen um den Klimawandel. In Ostdeutschland waren es 26 Prozent.

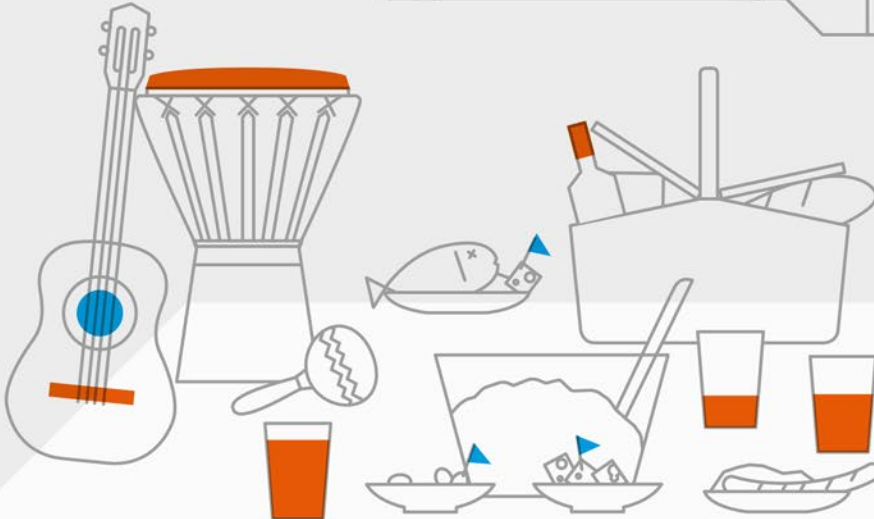
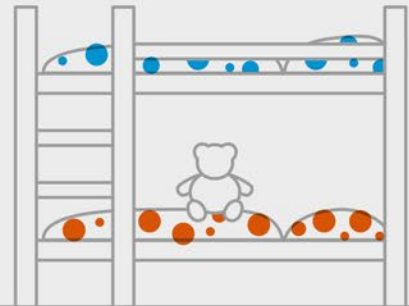
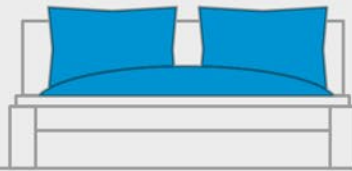
94

Prozent der Befragten konnten sich 2016 gut vorstellen, dass Frauen die Alleinverdienerinnen und Männer für Haushalt und Kinder verantwortlich sind.



60

Prozent der Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland erachteten 2017 eine eigene Familie als »sehr wichtig«.



65

Prozent der Westdeutschen und 34 Prozent der Ostdeutschen hatten 2016 Ausländerinnen und Ausländer im Freundes- und Bekanntenkreis.



10 Werte und Einstellungen

10.1 Lebenszufriedenheit und Sorgen

Clara Hoffmann, Jürgen Schupp
DIW Berlin

WZB/SOEP

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zählt zu den anspruchsvollsten Zielen politischer Regierungsverantwortung. Auch nunmehr 28 Jahre nach der deutschen Vereinigung gilt es bei der Verwirklichung dieses Ziels nicht nur, die objektiven Lebensbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen anzugleichen, sondern ebenso das subjektive Wohlbefinden der Menschen im Blick zu behalten. Schließlich prägen erst beide Dimensionen zusammengenommen die Lebensqualität in der Gesellschaft.

Das subjektive Wohlbefinden der in Deutschland lebenden Menschen umfasst sowohl den Grad der empfundenen allgemeinen Lebenszufriedenheit als auch das Maß an Zufriedenheit in bestimmten Lebensbereichen, zum Beispiel mit der Wohnsituation, der Freizeit, der Arbeit und der Gesundheit, sowie Sorgen angesichts der Entwicklung der Kriminalität und um den Frieden. In solchen Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens spiegeln sich die Diskrepanzen zwischen eigenem Anspruch und Wirklichkeit sowie eine Bewertung des bislang Erreichten wider.

Die Glücksforschung, deren Bedeutung in den letzten Jahren sowohl innerhalb der Wissenschaften als auch in öffentlichen Debatten enorm gewachsen ist, unterscheidet drei verschiedene Dimensi-

onen subjektiven Wohlbefindens: zum einen das vielfach auch als »emotionales« Wohlbefinden bezeichnete »Glücklich-Sein«, das den aktuellen Moment, den Tagesdurchschnitt oder, wie im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erhoben, den Durchschnitt der letzten vier Wochen erfasst. Zum anderen gibt es das »kognitive« Wohlbefinden, bei dem »Glücklich-Sein« eher als dauerhaftes Empfinden und als Grad der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Erfüllung eigener Erwartungen bewertet wird. Schließlich existiert noch eine dritte Dimension von Wohlbefinden, die weniger auf spezifische Aspekte des Lebens abzielt, als vielmehr auf den Grad des »Erfüllt-Seins« verweist. Damit verbunden ist die Frage, ob das, was ich mit meinem Leben mache, auch wertvoll und nützlich ist.

Lebensqualität umfasst daneben auch negative Gesichtspunkte wie Sorgen um persönliche Perspektiven, zum Beispiel die eigene wirtschaftliche Situation, Gesundheit und Sicherheit des Arbeitsplatzes. Umgekehrt charakterisiert das Fehlen von Sorgen ebenfalls ein Element von positivem Wohlbefinden. In der Regel werden Sorgen nicht als Globalmaß konzeptualisiert, sondern auf einzelne Lebensbereiche oder spezifische Themen- und Handlungsfelder bezogen. Dabei spielen auch unterschiedliche Aspekte einer Ge-

sellschaft, wie die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, der Frieden, der Schutz der Umwelt oder die Folgen des Klimawandels zur Bewertung des subjektiven Wohlbefindens eine Rolle.

10.1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbereichen

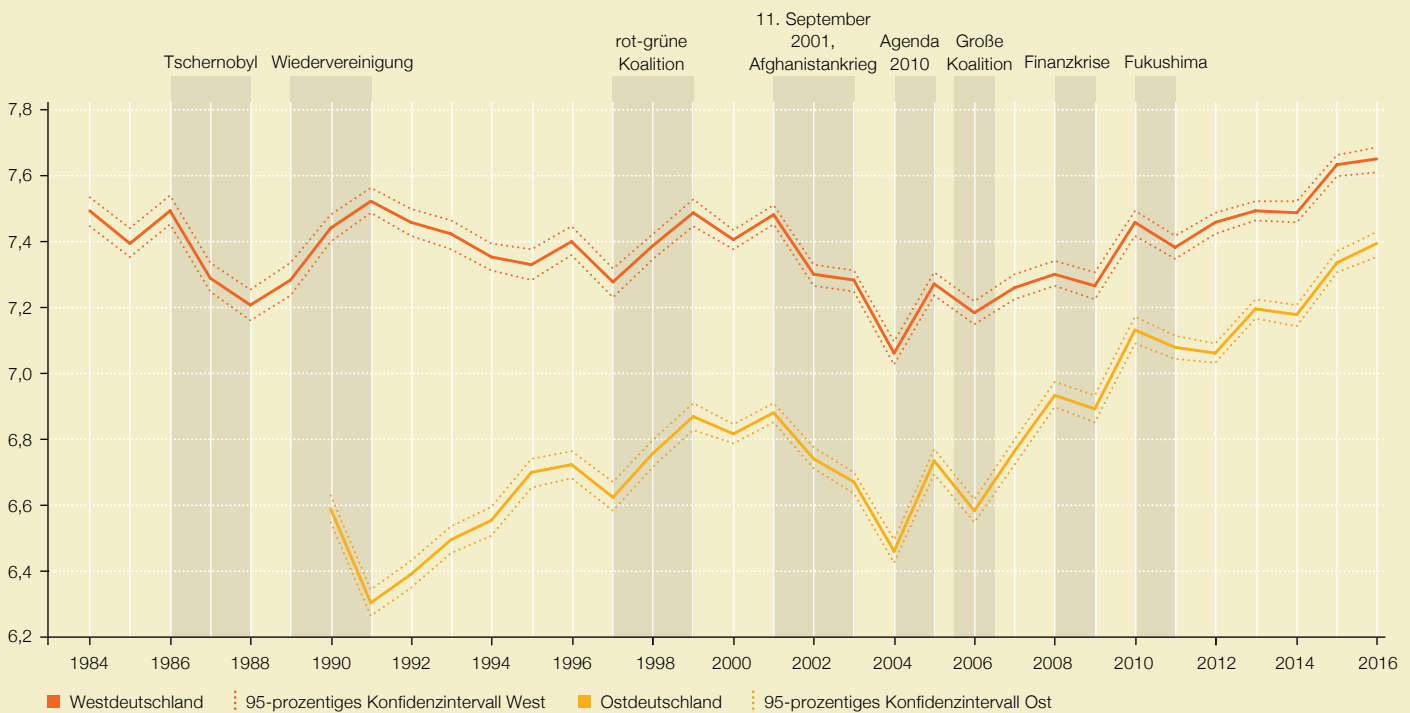
Im Jahr 2016 waren die Menschen in West- und Ostdeutschland im Durchschnitt zufriedener mit ihrem Leben als zu jedem anderen Zeitpunkt nach der Vereinigung. Menschen in Ostdeutschland waren aber, auch mehr als 26 Jahre nach der Vereinigung, weniger zufrieden mit ihrem Leben als Menschen in Westdeutschland. 1990 lag das Niveau der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich unter dem des Westens. Im Folgejahr vergrößerte sich die Differenz zwi-

schen Ost- und West noch weiter: Während in Westdeutschland eine leichte Zunahme der mittleren Lebenszufriedenheit in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung zu verzeichnen war, brach sie in Ostdeutschland im Jahr 1991 infolge der abrupten Veränderungen der Lebensbedingungen und der damit verbundenen Herausforderungen, vor allem am Arbeitsmarkt, deutlich ein. Die Kluft der Lebenszufriedenheit zwischen Ost und West war gemäß den Analysen des SOEP im Jahr 1991 am größten. ▶ Abb 1

Anschließend erfolgte eine Annäherung der Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland. Während der Jahre 2004 und 2005 vertiefte sich die Kluft dann nochmals. Seitdem entwickelte sich die mittlere Lebenszufriedenheit in beiden Landesteilen nahezu gleichförmig. Hoch- und Tiefpunkte tauchten im Wes-

ten wie im Osten zeitgleich auf und die Niveaus der Lebenszufriedenheit näherten sich weiter an. Im Jahr 2010 erreichte die mittlere Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland ein Niveau, das sechs Jahre zuvor in Westdeutschland festzustellen war. In den folgenden Jahren war bis 2016 in West- und vor allem in Ostdeutschland ein vergleichsweise stärkerer Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu beobachten. Offenbar konnten die ansteigenden Sorgen angesichts der Zuwanderung sowie politischer und ökonomischer Krisen das Wohlbefinden der Menschen hierzulande nicht nachhaltig trüben. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass der Unterschied im durchschnittlichen Niveau der Lebenszufriedenheit zwischen den Bevölkerungen in West- und Ostdeutschland noch immer signifikant ist. Dies bestätigen auch multivariate

▶ Abb 1 Mittlere Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1984–2016



Gemessen auf einer Skala von 0 »vollkommen unzufrieden« bis 10 »vollkommen zufrieden«, um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Schätzung. Datenbasis: SOEP v33. Abbildung nach Maximilian Priem/Jürgen Schupp, Alle Zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland, DIW Wochenbericht Nr. 40, S. 1001–1008, 2014, ergänzt um die Jahre 2014–2016.

Analysen, die für weitere soziodemografische Unterschiede von West- und Ostdeutschen kontrollieren.

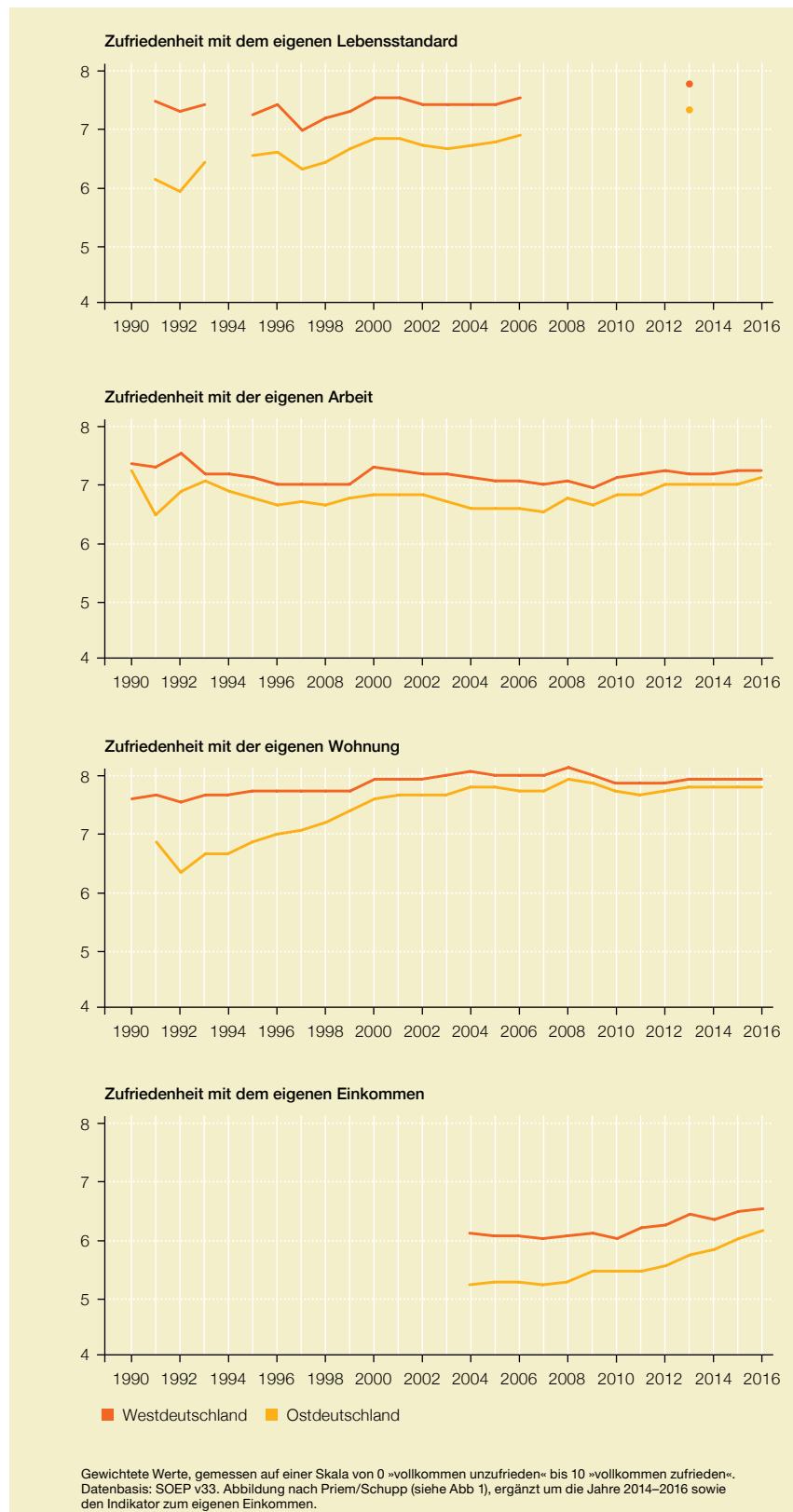
Differenziert nach acht verschiedenen Lebensbereichen war im Jahr 2016 das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau in Ostdeutschland in den meisten Bereichen niedriger als in Westdeutschland. Besonders stark ausgeprägt waren die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, dem eigenen Einkommen und der Gesundheit. Aber auch die Arbeitszufriedenheit sowie die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung waren in Ostdeutschland noch signifikant geringer als in Westdeutschland. Im Bereich der Freizeit erfolgte eine völlige Angleichung der Zufriedenheit. In den Jahren 2015 und 2016 waren diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede mehr festzustellen. ▶ Abb 2

Die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung ist der einzige Bereich, in dem die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland die in Westdeutschland übersteigt. Nur in 4 der 20 erfassten Jahre lag die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in Westdeutschland über dem Niveau in Ostdeutschland. Von 2005 bis 2016 wies Ostdeutschland konstant ein höheres Zufriedenheitsniveau in dieser Kategorie auf.

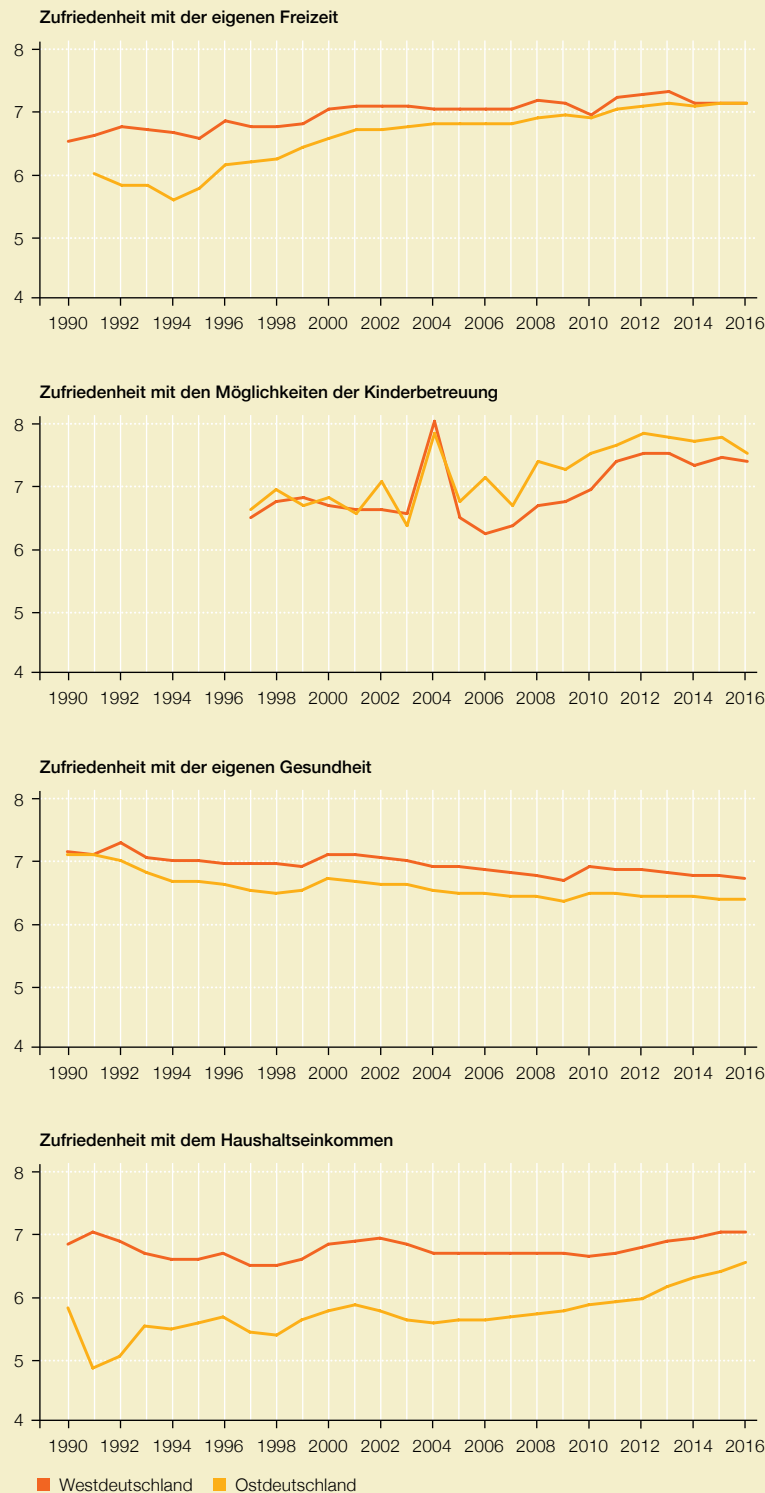
Am deutlichsten glichen sich in den letzten zehn Jahren die Niveaus der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem eigenen Einkommen und dem Haushaltseinkommen an. Die Zufriedenheit mit der Wohnung, bei der es zu Beginn der 1990er-Jahre starke Unterschiede gab, hatte sich bereits 2006 fast angeglichen. In den letzten zehn Jahren halbierte sich diese Differenz nochmals, was in ähnlicher Weise auch für die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen zutrifft.

2016 lag die höchste durchschnittliche Zufriedenheit im Bereich der Wohnung (7,96 im Westen und 7,81 im Osten) und die niedrigste bei der Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen (6,52 im Westen und 6,12 im Osten). Dabei reichte die Skala von 0 (vollkommen unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden).

▶ Abb 2 Verlauf der mittleren Bereichszufriedenheiten in West- und Ostdeutschland 1990–2016



► **Abb 2 (Fortsetzung) Verlauf der mittleren Bereichszufriedenheiten in West- und Ostdeutschland 1990–2016**



Gewichtete Werte, gemessen auf einer Skala von 0 »vollkommen unzufrieden« bis 10 »vollkommen zufrieden«. Datenbasis: SOEP v33. Abbildung nach Priem/Schupp (siehe Abb 1), ergänzt um die Jahre 2014–2016 sowie den Indikator zum eigenen Einkommen.

10.1.2 Sorgen in persönlichen Bereichen

Im Folgenden blicken wir auf die negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens und unterscheiden dabei zwischen den Sorgen in persönlichen und öffentlichen Bereichen.

Bei den persönlichen Belangen wie der eigenen wirtschaftlichen Situation, der eigenen Gesundheit, dem eigenen Arbeitsplatz bei Erwerbstätigen sowie der eigenen Altersvorsorge zeigt sich, dass der Anteil derer, die große Sorgen hatten, in Ostdeutschland durchgängig etwas höher lag als in Westdeutschland. ► **Abb 3**

Der Anteil derer mit großen Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz und um die eigene wirtschaftliche Situation war in den Jahren 2004 und 2005 in West- und Ostdeutschland am höchsten. So gaben 2005 in Westdeutschland rund 19 % der Erwerbstätigen an, sich große Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zu machen. In Ostdeutschland lag der Anteil bei mehr als einem Drittel (35%). Seitdem sank in beiden Landesteilen der Anteil der Erwerbstätigen mit großen Sorgen nahezu jährlich, in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Dieser Trend ging einher mit der Arbeitslosenquote, die 2005 mit 11,7 % einen Höhepunkt erreichte, dann jährlich annähernd stetig sank und sich bis 2016 fast halbiert hatte (siehe Kapitel 5.1, Seite 161, Tab 5). Entsprechend hatten im Jahr 2016 nur noch 6 % der Erwerbstätigen in Westdeutschland und 8 % in Ostdeutschland große Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz. Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich bei der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Situation.

Einen völlig anderen Verlauf nahmen hingegen die Sorgen um die eigene Gesundheit, die im SOEP seit 1999 jährlich erfragt werden. Hier hatten in Westdeutschland im Jahr 2005 etwa 15 % große Sorgen. Dieser Anteil stieg bis zum Jahr 2016 auf 18 % an. In Ostdeutschland berichtete im Jahr 2005 hingegen ein deutlich höherer Anteil (22 %) von großen Sorgen um die eigene Gesundheit. Nach einigen Schwankungen lag der An-

teil der Menschen mit großen Sorgen im Jahr 2016 bei 23 %.

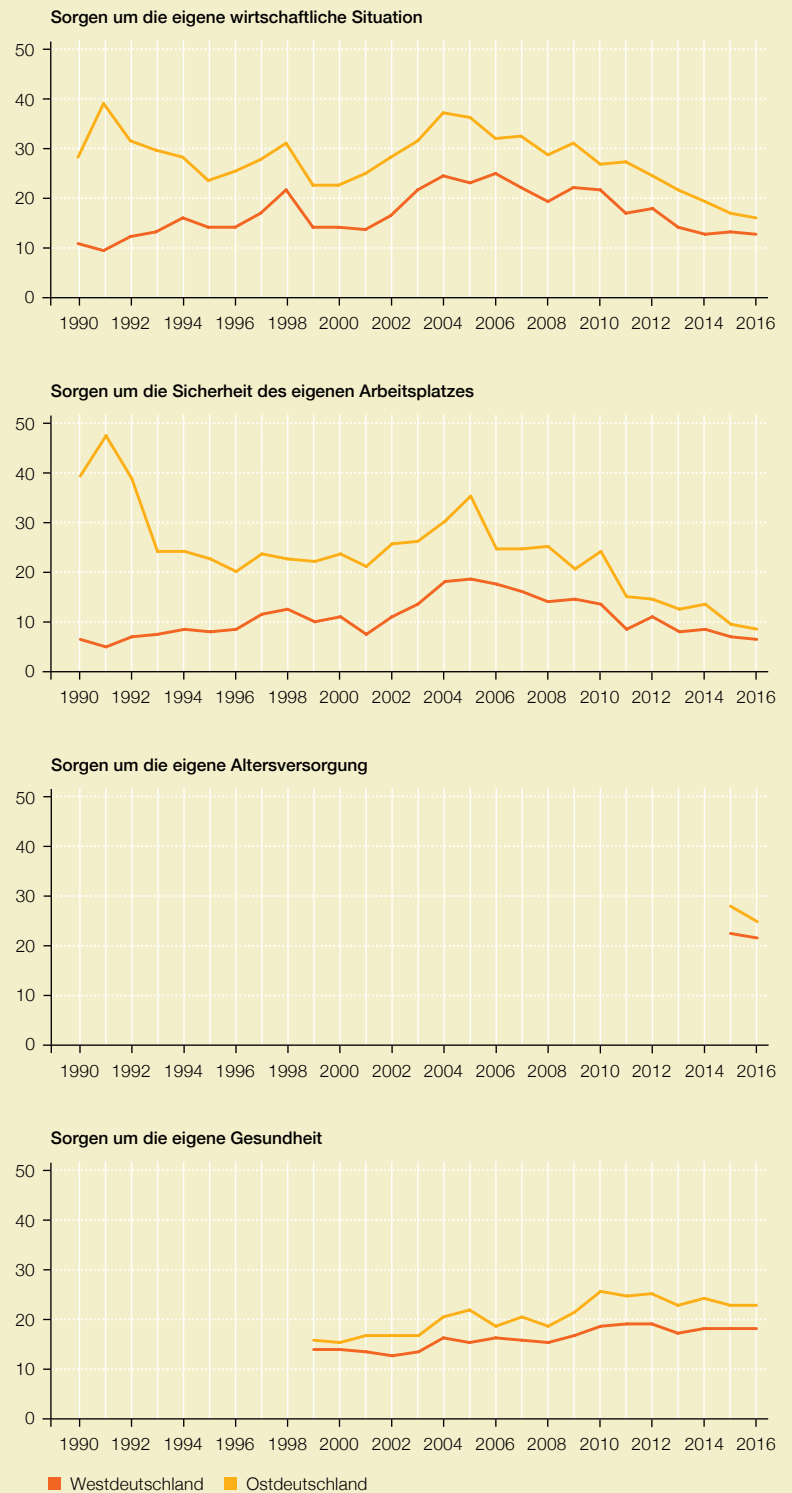
Seit 2015 wird im SOEP als weiterer Indikator die Ausprägung persönlicher Sorgen hinsichtlich der eigenen Altersvorsorge erfragt. Während im Jahr 2015 in Westdeutschland gut 22 % diesbezüglich große Sorgen hatten, betrug der entsprechende Anteil in Ostdeutschland etwa 28 %. Ein Jahr später, nach Einführung der Rente mit 63 sowie der sogenannten Mütterrente, lag der Anteil in Westdeutschland noch immer bei 22 %, während er in Ostdeutschland leicht auf 25 % gesunken war.

10.1.3 Sorgen im öffentlichen Bereich

Die Sorgen hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation verlaufen über die Zeit ähnlich wie die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, jedoch auf einem deutlich höheren Niveau. Zum Beispiel machten sich 2009 mehr als 45 % im Westen und 49 % im Osten große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung; um die eigene wirtschaftliche Situation machten sich jedoch nur jeweils 22 % und 31 % große Sorgen. Bis 2016 näherten sich die Werte an, sodass bei der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nur noch 14 % (West) und 17 % (Ost) große Sorgen hatten und bei der eigenen wirtschaftlichen Situation 13 % (West) und 16 % (Ost). Die subjektive Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation scheint also ein Stück weit von der persönlichen wirtschaftlichen Situation entkoppelt zu sein. Dabei könnte zum Beispiel die Darstellung der wirtschaftlichen Situation in den Medien eine Rolle spielen. Denkbar wäre auch, dass die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation aufgrund von Ersparnissen oder potenziell verfügbaren Leistungen des Sozialstaats weniger von wirtschaftlichen Krisen beeinflusst wird. ▶ Abb 4

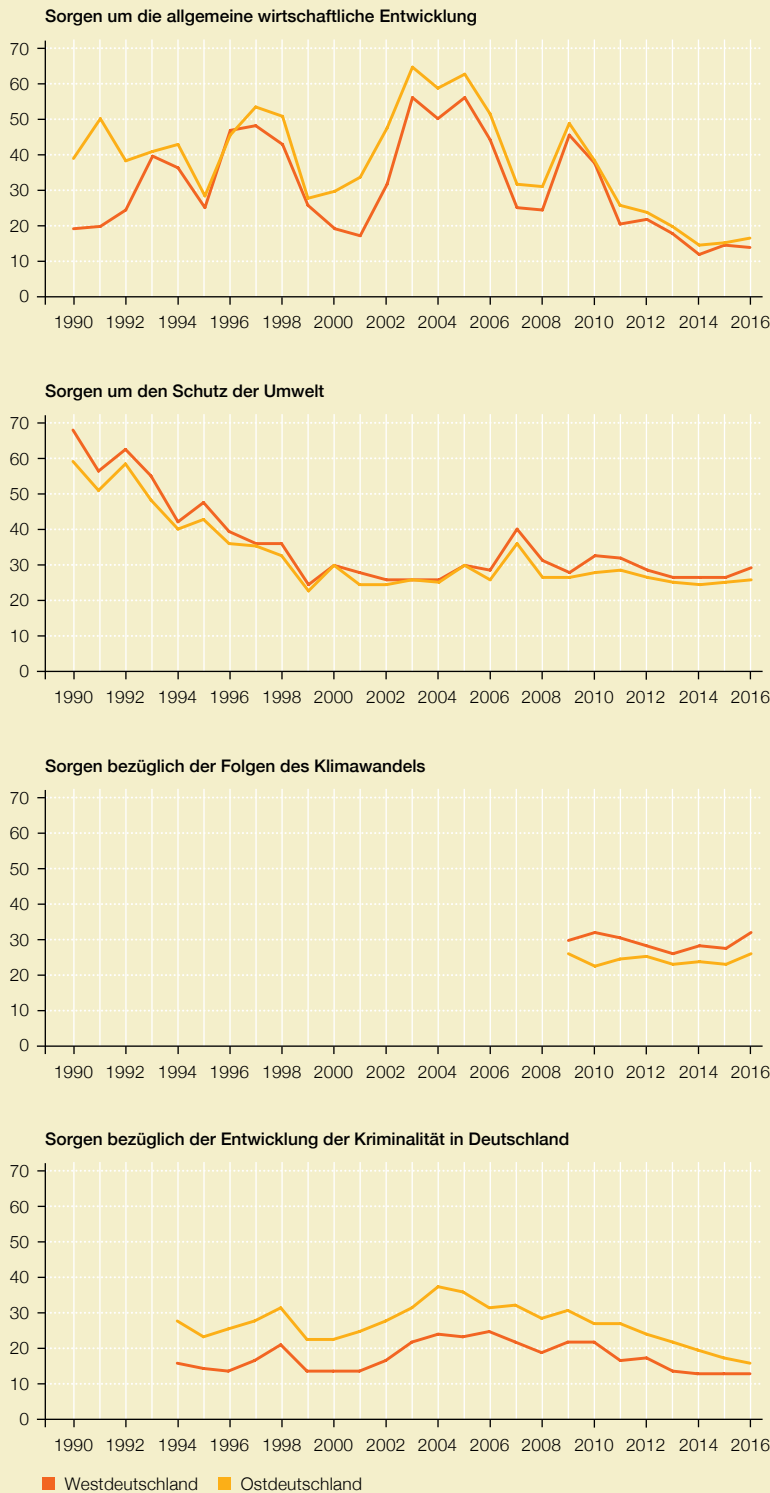
Im Jahr 2005, als die Zahl der arbeitslos Gemeldeten bei rund 5 Millionen lag, machte sich etwas mehr als die Hälfte (56 %) der Bevölkerung in Westdeutsch-

▶ Abb 3 Verlauf der Sorgen in privaten Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2016 – Anteil großer Sorgen in Prozent



Gewichtete Werte.
Datenbasis: SOEP v33. Abbildung nach Priem/Schupp (siehe Abb 1), ergänzt um die Jahre 2014–2016 sowie den Indikator zur Altersversorgung.

► **Abb 4** Verlauf der Sorgen in öffentlichen Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2016 — Anteil großer Sorgen in Prozent



Gewichtete Werte.
 Datenbasis: SOEP v33. Abbildung nach Priem/Schupp (siehe Abb 1), ergänzt um die Jahre 2014–2016 sowie die Indikatoren zu Zuwanderung, Folgen des Klimawandels und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

land große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. In Ostdeutschland waren es mit 63 % nahezu zwei Drittel. Seitdem sank – mit Ausnahme von 2009, dem Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise – der Anteil derer, die sich große Sorgen machten, jährlich deutlich, bis der Anteil im Jahr 2016 in Westdeutschland dann bei 14 % und in Ostdeutschland bei 17 % lag.

Bei den Sorgen um die Umwelt zeigt sich in den Jahren 2006 bis 2016 kein klarer Trend. Der Anteil derer mit großen Sorgen bewegte sich in diesem Zeitraum sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland überwiegend zwischen 24 % und 30 %. Im Vergleich zu den frühen 1990er-Jahren ist jedoch ein starker Rückgang beim Anteil der Menschen mit großen Sorgen zu verzeichnen. Im Jahr 2016 lag der Anteil in Ostdeutschland schließlich bei rund 26 % und in Westdeutschland etwas höher bei 29 %. Dass sich die Menschen in Westdeutschland in Bezug auf die Umwelt häufiger große Sorgen machen als Menschen in Ostdeutschland, zeigt sich auch im Bereich der Sorgen hinsichtlich der Folgen des Klimawandels. In Westdeutschland machte sich 2016 knapp ein Drittel (32 %) der Menschen große Sorgen angesichts des Klimawandels und in Ostdeutschland rund jede vierte Person (26 %).

Die Sorgen bezüglich der Kriminalitätsentwicklung waren im Jahr 2016 auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 1994. Der Anteil der Menschen, die sich große Sorgen machten, lag in Westdeutschland bei rund 13 % und in Ostdeutschland etwas höher bei rund 16 %. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Vorjahren waren jedoch weitaus deutlicher ausgeprägt.

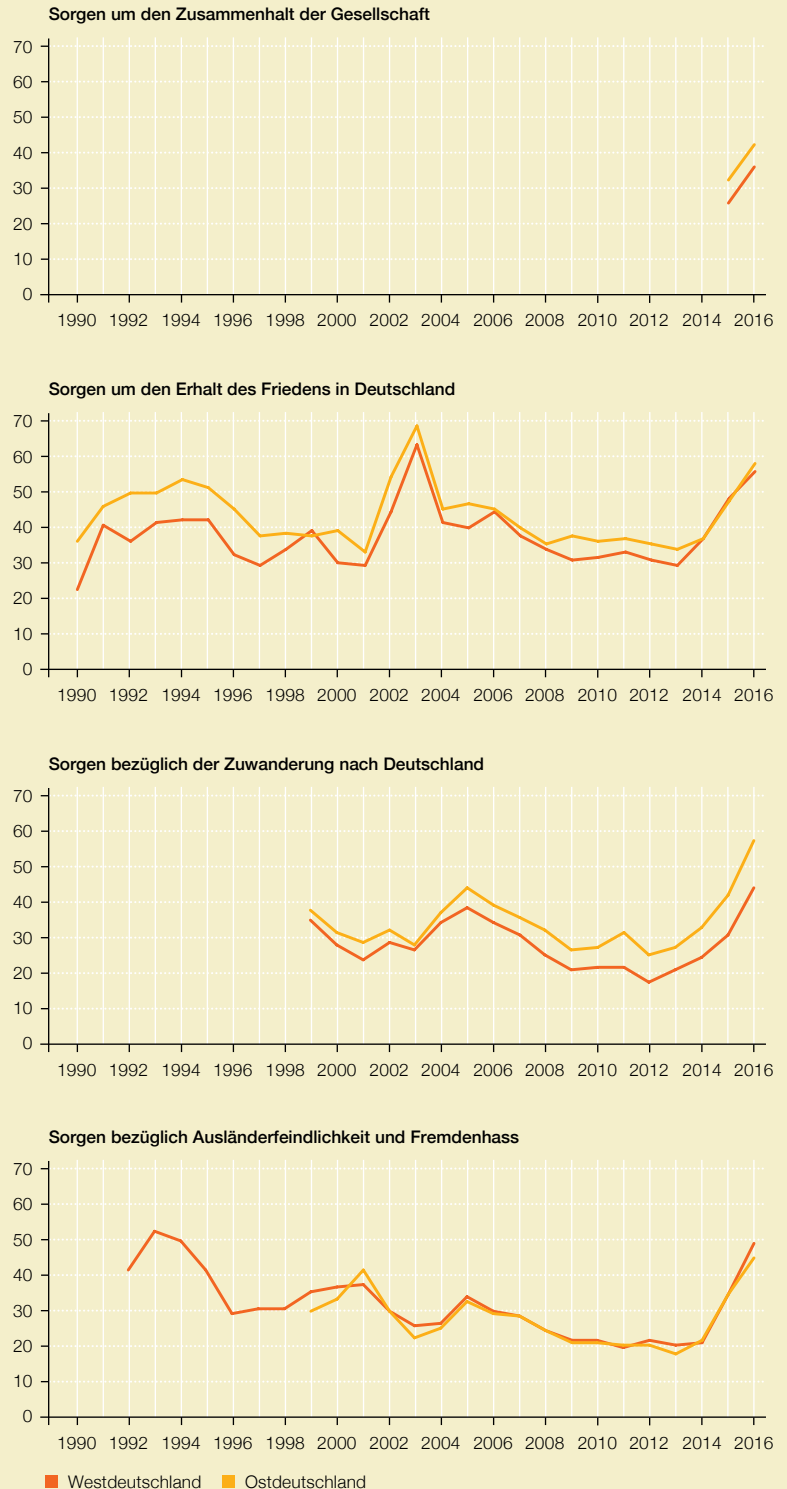
Seit 2015 werden im SOEP auch Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft erfragt, also das Thema, das Bundeskanzlerin Merkel in den Mittelpunkt des Regierungshandelns in der aktuellen Wahlperiode gestellt hat. Zu diesem Thema machten sich 2016 in Westdeutschland mehr als ein Drittel

(36 %) und in Ostdeutschland 43 % der Menschen große Sorgen. Dieser Anteil stieg im Vergleich zum Vorjahr in beiden Landesteilen deutlich, um rund 10 Prozentpunkte.

Die drei öffentlichen Bereiche, hinsichtlich derer sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland im Jahr 2016 am meisten sorgten, waren Frieden, Zuwanderung sowie Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass. Um den Erhalt des Friedens hatten in Westdeutschland 56 % und in Ostdeutschland 58 % große Sorgen. Seit der deutschen Vereinigung war dies – mit Ausnahme des Jahres 2003, dem Beginn des Irakkriegs – der höchste Wert. In Bezug auf die Zuwanderung gaben 44 % der Menschen in Westdeutschland und 57 % in Ostdeutschland 2016 an, große Sorgen zu haben. Hierbei handelt es sich in dem seit 1999 erhobenen Bereich um die höchsten Werte, was belegt, dass vor allem die in der zweiten Jahreshälfte von 2015 nach Deutschland Geflüchteten zu großer Besorgnis in der Bevölkerung führten. Interessant ist, dass sich gleichzeitig vor allem in Westdeutschland mit 49 %, aber auch in Ostdeutschland mit 45 % die Menschen große Sorgen bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass machten.

Eine Polarisierung, bei der sich die eine Hälfte der Bevölkerung große Sorgen aufgrund von Ausländerfeindlichkeit machte und die andere Hälfte große Sorgen hinsichtlich der Zuwanderung hatte, lässt sich aber nicht feststellen. Stattdessen traten die beiden Arten von Sorgen zusammen auf: 2016 hatte ein Viertel der Befragten sowohl große Sorgen bezüglich der Zuwanderung nach Deutschland als auch bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass, und weitere 30 % hatten in jeweils einem der Bereiche große und im anderen Bereich einige Sorgen. Dies zeigt, dass sich Sorgen hinsichtlich Zuwanderung und Ausländerfeindlichkeit keinesfalls ausschließen. Möglicherweise ist nicht allein die Zuwanderung, sondern vor allem der frühere und derzeitige Umgang mit der Zuwanderung Auslöser der Sorgen. So

► **Abb 4 (Fortsetzung) Verlauf der Sorgen in öffentlichen Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2016 – Anteil großer Sorgen in Prozent**



Gewichtete Werte.
Datenbasis: SOEP v33.

könnte zum Beispiel eine als misslungen wahrgenommene Eingliederung von früheren Zugewanderten Sorgen um weitere Zuwanderung auslösen. Aber auch Kapazitätsprobleme bei der Betreuung und Unterbringung vor allem während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 könnten Sorgen um die Zuwanderung nach Deutschland steigen gelassen und Gefühle der Überforderung ausgelöst haben. Dies scheint plausibel, weil die Sorgen 2015, beim Höhepunkt der Flüchtlingskrise, deutlich angestiegen sind. Die rechtspopulistischen Strömungen, die in Europa zur gleichen Zeit immer mehr an Unterstützung gewonnen haben, könnten zudem ein Faktor sein, der die Sorgen um Ausländerfeindlichkeit steigen lässt.

10.1.4 Emotionales Glück und »Erfüllt-Sein«

Seit 2007 werden im SOEP auch emotionale Elemente des subjektiven Wohlbefindens erfragt. Bei der Betrachtung der Variable, die das emotional erlebte Glück der letzten vier Wochen erhebt, zeigt sich, dass in Ost- und Westdeutschland seit Jahren ausgesprochen konstante Werte berichtet werden. Demnach gaben in Westdeutschland jeweils zwischen 50 % und 60 % der Befragten an, sich in den letzten vier Wochen oft oder sehr oft glücklich gefühlt zu haben. In Ostdeutschland schwankte dieser Anteil zwischen 48 % und 55 %. ▶ Tab 1

Ein weiterer Indikator zielt weniger auf spezifische Aspekte oder Bereiche des Lebens ab, sondern geht dem Grad des

»Erfüllt-Seins« nach, verbunden mit der Einschätzung, ob das, was ich mit dem Leben mache, auch wertvoll und nützlich ist. In Westdeutschland hatten 2015 und 2016 jeweils 10 % der Menschen das Gefühl, dass das, was sie mit dem Leben machen, vollkommen wertvoll und nützlich ist. In Ostdeutschland lag der entsprechende Wert mit 9 % beziehungsweise 10 % ähnlich hoch. Insgesamt lag der Durchschnittswert des »Erfüllt-Seins« auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht wertvoll und nützlich) bis 10 (vollkommen wertvoll und nützlich) 2016 bei 6,6 im Westen und 6,4 im Osten. Im Vergleich zu den Bereichszufriedenheiten liegen diese Werte eher näher an den niedrigeren Bereichszufriedenheiten, die man beim persönlichen Einkommen und der Gesund-

▶ Tab 1 Häufigkeit, sich in den letzten vier Wochen glücklich gefühlt zu haben, in West- und Ostdeutschland 2007–2016

	Sehr selten	Selten	Manchmal	Oft	Sehr oft	Durchschnittswert der Skala (von 1 »sehr selten« bis 5 »sehr oft«)
	in %					
Westdeutschland						
2007	3	10	35	43	9	3,5
2008	3	10	35	43	8	3,5
2009	3	11	35	43	8	3,4
2010	3	11	36	42	8	3,4
2011	3	10	33	45	9	3,4
2012	2	9	32	47	10	3,5
2013	2	9	32	48	8	3,5
2014	2	8	31	49	10	3,5
2015	2	8	31	48	10	3,5
2016	2	8	30	50	10	3,5
Ostdeutschland						
2007	3	12	36	42	7	3,4
2008	3	11	37	43	6	3,4
2009	3	12	35	43	7	3,4
2010	3	11	36	44	6	3,4
2011	3	12	36	41	8	3,3
2012	3	9	35	46	7	3,4
2013	3	10	35	45	8	3,4
2014	2	9	34	47	8	3,5
2015	2	10	35	46	7	3,4
2016	3	10	31	47	8	3,4

Gewichtete Werte.
Datenbasis: SOEP v33.

heit beobachten kann. Eine extrem niedrige Ausprägung des »Erfüllt-Seins« (Skalenwerte von 0 bis 4) kam aber selten vor, nur in etwa 8 % bis 10 % der Fälle. ▶ Tab 2

Insgesamt gab es beim subjektiven Wohlbefinden zwischen 2015 und 2016 nur geringe Veränderungen.

10.1.5 Bilanz des subjektiven Wohlbefindens in den letzten zehn Jahren

Im Jahr 2016 wurde im SOEP auch der Versuch unternommen, von den Erwachsenen in West- und Ostdeutschland den Verlauf der Zufriedenheit über die letzten zehn Jahre – also von 2006 bis 2016 – zu bilanzieren. ▶ Info 1

Hinsichtlich der Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen

nahmen 2016 in Westdeutschland 58 % der Menschen die Entwicklung in den letzten zehn Jahren als Verbesserung wahr, in Ostdeutschland lag dieser Anteil mit 54 % etwas niedriger. Entsprechend nahm ein etwas höherer Anteil in Ostdeutschland einen stabilen Verlauf oder eine Verschlechterung wahr (29 % und 16 %) als in Westdeutschland (27 % und 14 %). ▶ Abb 5

In Bezug auf das persönlich zur Verfügung stehende Einkommen berichteten mit 46 % in Ostdeutschland und 45 % in Westdeutschland etwas weniger Menschen von einer Verbesserung. Der Anteil der stabilen Verläufe lag dafür etwas höher mit 37 % in Westdeutschland und 34 % in Ostdeutschland. In Ostdeutschland lag zudem der Anteil der Menschen, die von einer Verschlechterung ihrer per-

sönlichen Einkommenslage berichteten, mit 20 % leicht höher als in Westdeutschland (18 %).

Die Entwicklung der Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit erlebte jeweils mehr als ein Drittel in West- wie Ostdeutschland als stabil. Die Ostdeutschen nahmen mit 40 % etwas häufiger eine Verschlechterung der Zufriedenheit mit der Gesundheit wahr, in Westdeutschland betrug dieser Anteil nur 36 %. Von einer Verbesserung der Zufriedenheit mit der Gesundheit über die letzten zehn Jahre berichtete immerhin rund ein Viertel der Menschen in beiden Landesteilen.

Als viertes Element des Zufriedenheitsverlaufs wurde die Wahrnehmung der allgemeinen Wohlstandsentwicklung in Deutschland erfragt. Hier zeigen sich praktisch keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Jeweils rund 40 % bilanzierten die Wohlstandsentwicklung der letzten zehn Jahre als Verschlechterung und jeweils rund 30 % als stabil oder als Verbesserung.

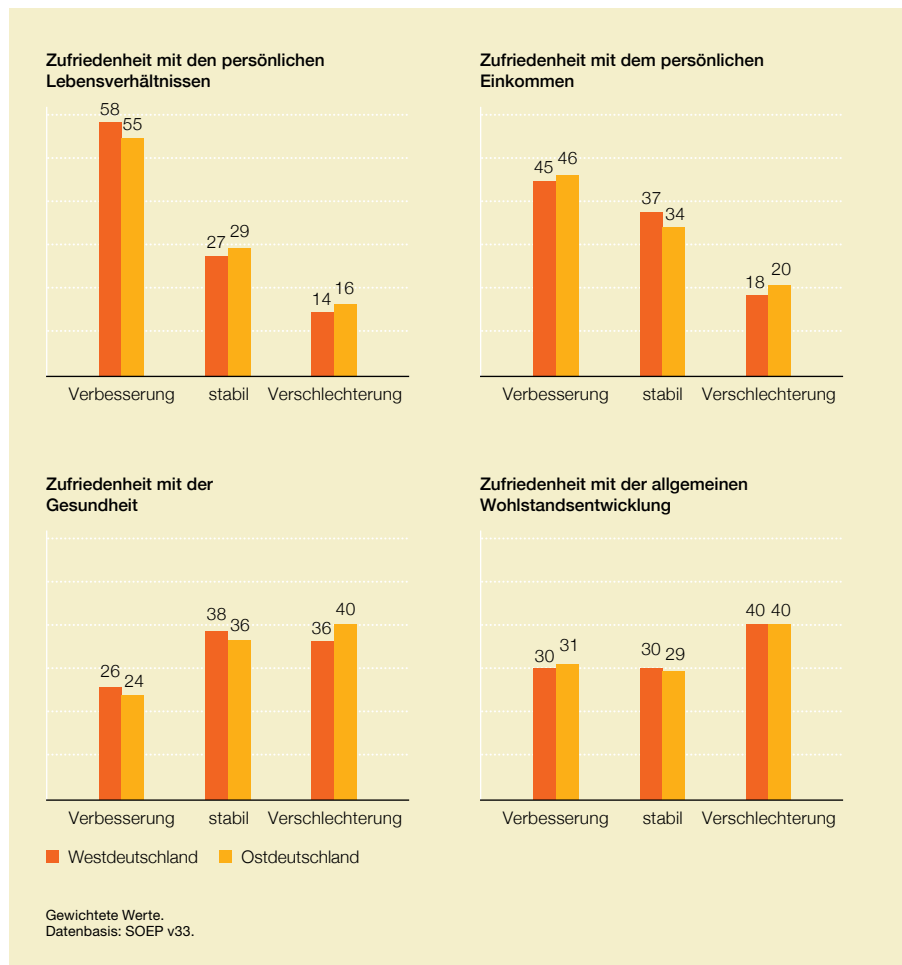
Auch hier scheint die allgemeine wirtschaftliche Situation von der persönlichen ein Stück weit entkoppelt zu sein. Beispielsweise beurteilten aus der Gruppe, die bei der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen eine Verbesserung in den letzten zehn Jahren wahrgenommen hat, zwar 39 % ebenfalls die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage positiv, jedoch nahmen hier auch 35 % eine Verschlechterung wahr. Bei der Entwicklung der Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen empfanden sogar 38 % eine Verbesserung, obwohl sie bei der Zufriedenheit mit der Wohlstandsentwicklung eine Verschlechterung sahen. Dies betont, dass Sorgen und Zufriedenheit, je nachdem ob nach allgemeiner oder persönlicher Situation gefragt wird, unterschiedlich ausgeprägt sein können. Möglicherweise spielen für die Wahrnehmung der allgemeinen Wohlstandsentwicklung die zunehmende Einkommensungleichheit oder Globalisierungsprozesse, die die Stellung Deutschlands und Europas zu schwächen scheinen, eine Rolle.

▶ Tab 2 Grad des »Erfüllt-Seins« im Leben: »Haben Sie das Gefühl, dass das, was Sie in Ihrem Leben machen, wertvoll und nützlich ist?« in West- und Ostdeutschland 2015 und 2016

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	2015	2016	2015	2016
Durchschnittswert der Skala	6,5	6,6	6,3	6,4
in %				
[0] »überhaupt nicht wertvoll und nützlich«	1	1	1	1
[1]	1	0	1	1
[2]	1	2	2	2
[3]	2	3	3	2
[4]	3	3	3	3
[5]	12	11	13	13
[6]	11	9	10	10
[7]	21	20	20	20
[8]	27	28	28	28
[9]	11	13	10	11
[10] »vollkommen wertvoll und nützlich«	10	10	9	10

Gewichtete Werte.
Datenbasis: SOEP v33.

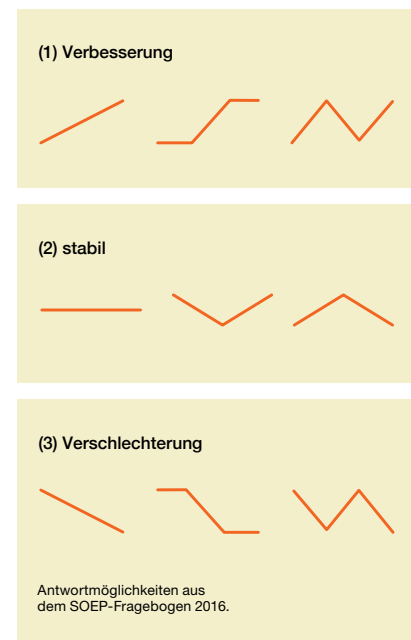
► **Abb 5** Verläufe der Zufriedenheit in den letzten zehn Jahren in West- und Ostdeutschland 2016 – in Prozent



► **Info 1**

Bilanz des subjektiven Wohlbefindens

Um den Verlauf der Zufriedenheit zu bilanzieren, wurden den Befragten neun verschiedene Verlaufstypen vorgelegt. Sie sollten angeben, welches der neun Bilder am besten zum Verlauf ihrer Zufriedenheit in den letzten zehn Jahren, also von 2006 bis 2016, passt. Diese Angaben wurden im Folgenden in drei Kategorien – Verbesserung, Verschlechterung und stabiler Verlauf – zusammengefasst.



10.1.6 Fazit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit brach in Ostdeutschland unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zunächst ein, was vor allem auf die abrupten Veränderungen der Lebensbedingungen zurückzuführen ist. Es folgte Mitte der 1990er-Jahre eine schrittweise Erhöhung des subjektiven Wohlbefindens, die in den letzten zehn Jahren eine nochmalige Beschleunigung erfahren hat. Gleichwohl besteht in Ostdeutschland auch mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung in der allgemeinen Lebenszufriedenheit sowie in mehreren Lebensbereichen ein signifikant niedrigeres Niveau des subjektiven

Wohlbefindens als in Westdeutschland. Davon abweichend liegt die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung in Ostdeutschland seit 1997 insgesamt höher als in Westdeutschland. Völlig angeglichen hat sich die Zufriedenheit mit der Freizeit. Bezüglich der negativen Komponenten des Wohlbefindens gingen in Ostdeutschland die Sorgen in verschiedenen privaten Lebensbereichen zwar deutlich zurück. Sie sind aber nach wie vor stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Im öffentlichen Bereich nahmen in den letzten Jahren insbesondere die Sorgen in Bezug auf Frieden, Zuwanderung sowie Ausländerfeindlichkeit

und Fremdenfeindlichkeit zu. Bezüglich des subjektiven Erlebens der persönlichen Lebensverhältnisse und des persönlichen Einkommens bilanzierte der überwiegende Teil der Menschen in Ost- und Westdeutschland den Zeitraum der letzten zehn Jahre eher als Verbesserung und nur ein geringerer Anteil als Verschlechterung. Im Gegensatz dazu sehen Großteile von Ost- und Westdeutschen die allgemeine Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland deutlich skeptischer.

10.2 Einstellungen zu Familie und Lebensformen

Stefan Weick
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

In Politik und Medien wird im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern kontrovers diskutiert. Aus der zunehmenden Verbreitung nicht ehelicher Lebensformen bei niedrigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch auf einen Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung geschlossen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Einstellungen Menschen in Deutschland zu Familie, Lebensformen und Kindern haben. Ergänzt wird die Darstellung durch die Untersuchung des Zusammenhangs von Lebensformen und subjektivem Wohlbefinden. Dabei wird näher betrachtet, welche Lebensarrangements verstärkt mit Glück und Zufriedenheit einhergehen, aber auch wo Einsamkeit oder Niedergeschlagenheit das Wohlbefinden beeinträchtigen.

10.2.1 Einstellungen zu Heirat und Elternschaft

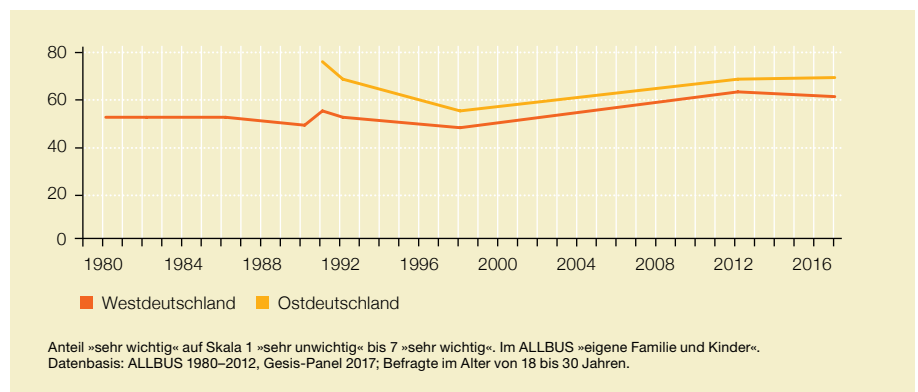
Sinkende Heiratsneigung, zunehmende Kinderlosigkeit und geringe Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Andererseits wird argumentiert, dass hohe Erwartungen an Partnerschaft und Elternschaft ein Hemmnis für die Familiengründung darstellen könnten. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung die Bevölkerung der Familie zuschreibt. Zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich haben in Ost und West einen besonders hohen Stellenwert. Eine eigene Familie steht in der Wichtigkeitsrangfolge sowohl bei der westdeutschen als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung zusammen mit der Gesundheit an erster Stelle. Andere Bereiche wie Arbeit, Freunde oder Nachbarschaft werden zwar auch überwiegend als »wichtig« erachtet, aber viel seltener als »sehr wichtig«. Die überwiegende Mehrheit der Befragten, das heißt jeweils mehr als 60 % der Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland, erachtete eine eigene Familie als »sehr wichtig«. In der jüngsten Altersgruppe bis 30 Jahre wurde der Familie eine etwas geringere Bedeutung zugemessen. Die Beobachtung über die Zeit weist allerdings auf eine gestiegene Bedeutung der eigenen Familie in der jüngsten Altersgruppe in den alten und neuen Bundesländern seit Ende der 1990er-Jahre hin. ▶ Tab 1, Abb 1

▶ Tab 1 Bedeutung der eigenen Familie in West- und Ostdeutschland 2017 nach Altersgruppen – in Prozent

	Eigene Familie »sehr wichtig« ¹	
	West	Ost
18–30 Jahre	61	69
31–45 Jahre	74	70
46–60 Jahre	71	76
Ab 61 Jahren	69	75

¹ Skala von 1 »sehr unwichtig« bis 7 »sehr wichtig«. Datenbasis: Gesis-Panel 2017.

▶ Abb 1 Bedeutung der eigenen Familie für junge Erwachsene in Ost- und Westdeutschland 1980–2017 – in Prozent



Wird die Ehe in der Bevölkerung als wichtig für das subjektive Wohlbefinden erachtet? Das Ausmaß der Zustimmung zu mehreren Statements zu Partnerschaft und Elternschaft kann hierzu eine Einschätzung geben. Der Aussage, dass Verheiratete im Allgemeinen glücklicher seien als Unverheiratete, stimmte weniger als ein Drittel der Erwachsenen zu. Dabei stimmte nur eine kleine Minderheit (West 4%; Ost 5%) dieser Frage voll und ganz zu. Die deutsche Bevölkerung kann sich ein glückliches Leben weitgehend auch ohne Heirat vorstellen. ▶ Tab 2

Die Aussage »Wer Kinder haben möchte, sollte verheiratet sein« fand in den alten Bundesländern bei gut einem Viertel und in den neuen Bundesländern nur bei einem Fünftel der Erwachsenen Zustimmung. Eine Ehe wird in der deutschen Bevölkerung demnach nicht überwiegend als Voraussetzung für Kinder beziehungsweise Kinderwunsch betrachtet. Weiterhin fand das Statement, dass es in Ordnung sei, wenn ein Paar zusammenlebt, ohne zu heiraten, bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Zustimmung. Ein beachtlicher Anteil von 40% in den alten und 31% in den neuen Bundesländern stimmte sogar voll und ganz zu. Vor allem in Ostdeutschland ist auch die Erwartung verbreitet, dass ein Paar vor einer Heirat zusammenleben sollte: Mehr als die Hälfte der Befragten stimmte dieser Aussage zu.

Kinder sind für die Mehrheit der Bevölkerung von hoher Bedeutung für das eigene Leben. Dem Statement »Ohne Kinder fehlt etwas im Leben« stimmten in Westdeutschland gut zwei Drittel und in Ostdeutschland sogar mehr als drei Viertel der Befragten zu. Mehr als 30% stimmten jeweils in beiden Landesteilen dabei sogar voll und ganz zu. Unterscheidet man nach Altersgruppen, so ist deutlich zu erkennen, dass unter den jüngeren Befragten bis 30 Jahre die Zustimmung weniger ausgeprägt war (West 54%; Ost 65%). Dies dürfte dem Umstand Rechnung tragen, dass junge Menschen mittlerweile erst zum Ende des dritten Lebensjahrzehntes oder später Eltern werden und eigene Kinder auch für die

Erwartungen an das eigene Leben in jüngeren Jahren oft noch eine eher untergeordnete Rolle spielen. Insgesamt war in Ostdeutschland die Zustimmung zu der Aussage »Ohne Kinder fehlt etwas im Leben« höher als in Westdeutschland. Dem Aspekt eigener Kinder als einer gesellschaftlichen Pflicht wurde deutlich weniger Bedeutung zugemessen als der Bedeutung von Kindern für das eigene Leben. Entsprechend war der Anteil mit maximalem Skalenwert (stimme voll und ganz zu) hier mit 4% beziehungsweise 7% gering. Insgesamt war die Zustimmung zu diesem Statement in den neuen Bundesländern ausgeprägter als in den

alten. Die Differenzierung nach Altersgruppen verdeutlicht, dass der Gesichtspunkt von Kindern als einer gesellschaftlichen Pflicht bei jüngeren Menschen bis 30 Jahre die geringste Zustimmung fand. In der jüngsten Altersgruppe fanden sich auch kaum Ost-West-Unterschiede. Anders dagegen fand bei älteren Ostdeutschen über 60 Jahre die Ansicht, dass Kinder eine gesellschaftliche Pflicht seien, eine vergleichsweise hohe Zustimmung (38%). ▶ Tab 3

Gleichgeschlechtliche Paare gehören zur gesellschaftlichen Realität. Wie wird nun das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare in der deutschen Bevölkerung

▶ Tab 2 Einstellungen zu Ehe und Elternschaft in West- und Ostdeutschland 2017 – in Prozent

	West		Ost	
	stimme voll und ganz zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu	stimme zu
»Verheiratete sind im Allgemeinen glücklicher als Unverheiratete.«	4	24	5	23
»Wer Kinder haben möchte, sollte verheiratet sein.«	6	20	5	15
»Es ist in Ordnung, wenn ein Paar zusammenlebt, ohne zu heiraten.«	40	45	31	47
»Ein Paar, das heiraten möchte, sollte vorher zusammen leben.«	12	38	9	44
»Ohne Kinder fehlt im Leben etwas.«	32	36	39	39
»Kinder zu haben, ist eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft.«	4	14	7	20
»Homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren können.«	20	37	15	40

Zustimmung gemessen auf einer Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 5 »stimme voll und ganz zu«. Datenbasis: Gesis-Panel 2017.

▶ Tab 3 Einstellungen zur Elternschaft in Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen 2017 – in Prozent

	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		Ab 61 Jahren	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
»Ohne Kinder fehlt im Leben etwas.«	54	65	75	77	69	77	68	83
»Kinder zu haben, ist eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft.«	13	14	17	22	15	25	25	38
»Homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren können.«	68	69	64	53	58	55	44	52

Werte 4 und 5 auf einer Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 5 »stimme voll und ganz zu«. Datenbasis: Gesis-Panel 2017.

bewertet? Mehr als die Hälfte der Befragten in Ost- und Westdeutschland äußerte Zustimmung zu dem Statement »Homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren dürfen«. Vor allem in der jüngsten Altersgruppe war hier die Zustimmung hoch.

10.2.2 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit kognitiv bewertende, aber auch affektive Aspekte des subjektiven Wohlbefindens mit privaten Lebensformen einhergehen. Zunächst werden die Lebens- und Familienzufriedenheit untersucht. Zufriedenheit wird in der Lebensqualitätsforschung als Ergebnis einer Bewertung der eigenen Lebensumstände erachtet. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit als ein übergreifendes kognitives Maß des subjektiven Wohlbefindens gilt, in das summarisch Einzelbewertungen verschiedener Lebensbereiche eingehen, stellt die Familienzufriedenheit die spezifische Bewertung des privaten Bereichs der Familie dar. Das subjektive Wohlbefinden hängt mit der Lebensform der Menschen zusammen. Die allgemeine Lebenszufrie-

denheit als eher kognitiver Indikator des Wohlbefindens, gemessen auf einer Skala von 0 »äußerst unzufrieden« bis 10 »äußerst zufrieden«, war bei Paaren ohne Kinder im Haushalt (7,4) und überraschender Weise auch bei verwitweten Alleinlebenden vergleichsweise hoch (7,6). Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit bei Geschiedenen und Getrenntlebenden lag bei 7,0 und entspricht damit dem Mittelwert in der Gesamtbevölkerung. Eine besonders niedrige Lebenszufriedenheit äußerten dagegen ledig Alleinlebende (6,4). Auch bei Paaren mit Kindern im Haushalt fiel die kognitive Bilanzierung des eigenen Lebens nicht allzu günstig aus (6,8). ▶ Tab 4

Die Familie hat in der Bevölkerung nicht nur einen hohen Stellenwert, sie wird auch überwiegend mit einer hohen spezifischen Familienzufriedenheit bewertet. Zu beachten ist, dass die hier verwendete Skala von der 11er-Skala (0 bis 10) für die Erhebung der Lebenszufriedenheit abweicht und von 1 »sehr unzufrieden« bis 7 »sehr zufrieden« verläuft. Die Zufriedenheit mit der eigenen Familie war bei Paaren ohne Kinder (6,0) und Paaren mit

Kindern im Haushalt (6,1) am höchsten. Dies sind Werte nahe am Skalenmaximum. Insbesondere Getrenntlebende sowie Ledige, die allein im Haushalt leben, äußerten eine geringere Familienzufriedenheit. Die entsprechenden Werte lagen einen ganzen Skalenpunkt niedriger als bei Paaren. Ebenso lassen sich Geschlechtsunterschiede identifizieren, wenn diese auch nicht besonders deutlich ausfallen: Frauen waren mit der eigenen Familie etwas zufriedener als Männer. Obwohl die Familienzufriedenheit als besonders wichtig für die übergreifende Lebenszufriedenheit erachtet wird, zeigt sich hier nur eine moderate Korrelation (0,31) zwischen den beiden Zufriedenheitsangaben. Die Familienzufriedenheit kann also durchaus von der übergreifenden Lebenszufriedenheit abweichen, da bei Letzterer auch andere Aspekte wie zum Beispiel Gesundheit oder der materielle Lebensstandard mit eingehen.

Während Zufriedenheit stärker die kognitiv bewertende Komponente des subjektiven Wohlbefindens erfasst, zielen Fragen nach Glück, Niedergeschlagenheit und Einsamkeit mehr auf die emotionale Komponente des subjektiven Wohlbefindens. Betrachtet man, wie glücklich Personen in den verschiedenen Lebensformen mit ihrem Leben sind, so fallen vor allem ledig Alleinlebende sowie Getrenntlebende mit einem besonders geringen Anteil von Glücklichen auf. Während Verwitwete zwar eine hohe Lebenszufriedenheit äußerten, lag der Anteil der Verwitweten, die zumindest meistens glücklich waren, unter dem Gesamtdurchschnitt. Die Betroffenen konnten sich bei der kognitiven Bewertung ihrer Lebensumstände mit der Zeit offenbar an den Tod des Ehepartners anpassen und sind mit ihrem Leben durchaus zufrieden; der Anpassung im emotionalen Bereich sind bei einem derartigen Verlust aber offenbar engere Grenzen gesetzt. Gerade bei Verwitweten beeinträchtigt Einsamkeit das emotionale Wohlbefinden. So waren verwitwete Personen besonders häufig einsam: Etwa ein Viertel gab an, zumindest meistens einsam zu sein. ▶ Tab 5

▶ Tab 4 Zufriedenheit mit Leben und Familie 2017 — Mittelwerte

	Zufriedenheit mit	
	Leben gegenwärtig ¹	eigener Familie ²
Insgesamt	7,0	5,8
Allein lebend		
ledig	6,4	4,9
getrennt lebend	7,0	5,0
verwitwet	7,6	5,5
(Ehe-)Paare		
ohne Kinder <16	7,4	6,0
mit Kindern <16	6,8	6,1
Sonstige	6,8	5,6
Geschlecht		
männlich	7,2	5,7
weiblich	6,9	5,9

1 Auf einer Skala von 0 »äußerst unzufrieden« bis 10 »äußerst zufrieden«.

2 Auf einer Skala von 1 »sehr unzufrieden« bis 7 »sehr zufrieden«.

Datenbasis: Gesis-Panel 2017.

► Tab 5 Emotionales Wohlbefinden 2017 – in Prozent

	Glücklich	Deprimiert/ niedergeschlagen	Einsam
Insgesamt	63	11	9
Allein lebend			
ledig	49	15	18
getrennt lebend	54	14	14
verwitwet	58	14	23
(Ehe-)Paare			
ohne Kinder <16	67	9	4
mit Kindern <16	69	9	5
Sonstige	61	15	12

Werte 4 »meistens«, 5 »fast immer«, 6 »immer« auf einer Skala von 1 »nie« bis 6 »immer«.
Datenbasis: Gesis-Panel 2017.

Insgesamt waren Menschen, die allein lebten, deutlich häufiger einsam als Personen in anderen Lebensformen. Personen, die mit einem Partner zusammenlebten, waren dagegen nicht nur glücklicher und seltener einsam, auch eine schwerwiegende Beeinträchtigung des subjektiven Wohlbefindens wie Niedergeschlagenheit trat deutlich seltener auf als in anderen Lebensarrangements. Dabei gab es nur geringe Unterschiede zwischen Paaren mit und ohne Kinder.

Die präsentierten Ergebnisse stützen die überwiegende Einschätzung der Bevölkerung, dass der Familie eine besonders

hohe Bedeutung im Vergleich zu anderen Lebensbereichen zukommt. Der Wandel der familialen Lebensformen, mit einer Zunahme von Singlehaushalten und einer Abnahme der Ehestabilität, drückt zwar eine gestiegene Wahlfreiheit aus, im Hinblick auf das subjektive Wohlbefinden lassen sich allerdings auch negative Entwicklungen identifizieren, die mit der weiteren Verbreitung dieser spezifischen Lebensformen an Gewicht gewonnen haben. So haben ledige und geschiedene Alleinlebende spezifische Wohlbefindensdefizite: Ihre Familienzufriedenheit ist niedrig und sie fühlen sich häufig einsam.

10.3 Einstellungen zur Rolle der Frau und der des Mannes

Michael Blohm, Jessica Walter
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Die Zahl der Ehescheidungen war im Jahr 2017 höher als zu Beginn der 1980er-Jahre (siehe Kapitel 2.1.2, Seite 57), die Erwerbsquote der Frauen nahm kontinuierlich zu (siehe Kapitel 5.1.4, Seite 154). Zugleich erhöhte sich die Kinderbetreuungsquote insbesondere in Westdeutschland seit 2002, nachdem sie in Ostdeutschland in den 1990er-Jahren zunächst stark zurückgegangen war (siehe Kapitel 2.2, Seite 66). Unter anderem die Einführung von zwei Partnermonaten bei der Elternzeit im Jahr 2007 zeigt zudem, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter stärker ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt ist. Auch die Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 zielt auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau und der des Mannes in Familie und Beruf verändert haben. Diese sind wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau. Während die Daten für Westdeutschland bis 1982 zurückreichen, kann die Entwicklung für Ostdeutschland erst seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden zunächst einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt, in einem zweiten Schritt werden Ergebnisse zur Rolle des Mannes in Familie und Beruf präsentiert. Diese wurden zum ersten Mal 2012 und erneut 2016 in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) erhoben.

10.3.1 Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitverlauf

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können mit den Daten des ALLBUS zwei theoretisch bedeutsame Dimensionen unterschieden werden: die Vorstel-

lungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die geschlechtsspezifische Erwerbsarbeitsteilung sowie auf Vorstellungen über den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betrifft die Einstellungen zu den Konsequenzen, die sich aus der Berufstätigkeit von Frauen insbesondere für die Erziehung und die Entwicklung der Kinder ergeben können. [► Info 1](#)

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem »traditionellen« und einem »egalitären« Verständnis der Frauenrolle. Ein »traditionelles« Rollenverständnis geht davon aus, dass die Frau primär zu Hause bleiben und sich um die Erziehung der Kinder und um den Haushalt kümmern soll, während der Mann für die Erwerbstätigkeit zuständig ist; die berufliche Karriere der Frau hat demnach einen geringen Stellenwert. In einem »egalitären« Rollenverständnis hingegen wird nicht nach den Geschlechtern differenziert, vielmehr wird eine Rollenangleichung von Mann und Frau befürwortet. Bei der Interpretation der Geschlechterrollenvorstellungen ist zu berücksichtigen, dass einer Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht nur im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auch aus ökonomischen Gründen zugestimmt werden kann. Ein weiterer Aspekt der Geschlechterrollenvorstellungen ist, wie die Befragten die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit von Frauen für deren Kinder einschätzen. Werden die Konsequenzen als positiv beziehungsweise als nicht negativ eingeschätzt, so werden diese Einstellungen als »egalitär« gewertet. Wird die Erwerbstätigkeit von Frauen hingegen als hinderlich für die Entwicklung der Kinder betrachtet, so gelten diese Einstellungen als »traditionell«.

Den Tabellen 1 und 2 ist zu entnehmen, dass der Anteil von – in diesem Sinne – egalitären Einstellungen über die Jahre in West- und Ostdeutschland zunahm. Für die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau war für beide

► Info 1

Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Aussagen können anhand einer vierstufigen verbalisierten Skala bewertet werden.

Als Zustimmung werden »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu« gewertet.

Eine Ablehnung kann mit »stimme eher nicht zu« beziehungsweise »stimme überhaupt nicht zu« zum Ausdruck gebracht werden.

Aussagen	Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverhältnis	
	Zustimmung	Ablehnung
Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau		
1 »Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«	traditionell	egalitär
2 »Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«	traditionell	egalitär
3 »Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«	traditionell	egalitär
Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau		
4 »Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«	traditionell	egalitär
5 »Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«	egalitär	traditionell
6 »Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«	egalitär	traditionell

Landesteile zwischen 2000 und 2004 eine verstärkte Zunahme egalitärer Einstellungen festzustellen. Dieser Trend ist in Westdeutschland bis 2016 zu verzeichnen. Im Jahr 2016 vertraten über 86 % der westdeutschen Bevölkerung eine egalitäre Einstellung, 1991 war es nur etwa die Hälfte der Befragten. In Ostdeutschland stieg der Anteil egalitärer Einstellungen nach 2004, ausgehend von einem höheren Ausgangswert, langsamer an. Im Jahr 2016 stimmten 91 % egalitären Einstellungen zu. ► Tab 1

Für die Einschätzungen der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Die Einstellungen wurden insgesamt sowohl in West- als auch in Ostdeutschland egalitärer. Im Westen gab es bis 2016 einen rasanten Anstieg; in dieser Frage waren zuletzt 85 % der Westdeutschen egalitär eingestellt. In Ostdeutschland hingegen stieg der Anteil an egalitä-

ren Einstellungen seit 2008 nur geringfügig um einen Prozentpunkt auf 93 % im Jahr 2016 an. Insgesamt äußerten sich Ostdeutsche im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau deutlich egalitärer als Westdeutsche. Die Unterschiede bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau waren dabei jedoch etwas größer als bei den Fragen zur Rollenverteilung. ► Tab 2

Die höhere Zustimmung zu egalitären Werten in Ostdeutschland bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen kann aber nicht mit der Forderung nach gleichen Erwerbschancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war die Frauenerwerbsarbeit vor der Vereinigung im Osten aufgrund unterschiedlicher sozialpolitischer und ideologischer Rahmenbedingungen sowie wegen ökonomischer Bedingungen

weiter verbreitet als im Westen. So war in der DDR die staatliche Kinderbetreuung im Vergleich zur Bundesrepublik stärker ausgebaut. Zudem wurde die weibliche Erwerbstätigkeit auch ideologisch gefördert. Offenbar beeinflusste diese Erfahrung nachhaltig die Geschlechterrollenideologie sowie die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung.

Interessant ist, dass sich die Unterschiede in beiden Dimensionen zwischen West- und Ostdeutschland weiterhin zeigen. Die Einstellungen glichen sich zwischen West- und Ostdeutschland erst in den letzten Jahren etwas an. Dies wurde durch die der deutschen Vereinigung folgenden sozialpolitischen und ideologischen Änderungen insbesondere in Ostdeutschland von vielen schon früher und eindeutiger erwartet. Die Unterschiede in den Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau vergrößerten sich ab den frühen 1990er-Jahren zwischen West und Ost zunächst jedoch teilweise. Erst seit 2008 näherten sich die Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland etwas an. Im Jahr 2016 war der Unterschied für den gesamten Beobachtungszeitraum am geringsten. Diese Annäherung spiegelt wider, dass sich bei vergleichbarer Entwicklung der Frauenerwerbsquoten in West und Ost die Zahl der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Westdeutschland zwar vergrößert hat, aber im Vergleich zu Ostdeutschland immer noch deutlich niedriger ist (siehe Kapitel 2.2, Seite 66).

Frauen äußerten in beiden Landesteilen etwas häufiger egalitäre Einstellungen bezüglich der Rollenverteilung als Männer und schätzten auch die Konsequenzen der Müttererwerbstätigkeit für die Kinder weniger negativ ein. Dieser Unterschied war bis 2012 im Westen deutlich größer als im Osten, ging jedoch 2016 deutlich zurück. Auch diese Beobachtung kann mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland konnten und können mehr Männer die Erfahrung machen, dass sich die Erwerbstätigkeit der Frau nicht negativ auf die Entwicklung der

► Tab 1 Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau 1982–2016 — in Prozent

	West								Ost							
	1982	1991	1996	2000	2004	2008	2012	2016	1991	1996	2000	2004	2008	2012	2016	
	Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Aussagen 1–3															
Insgesamt¹	32	56	58	61	68	69	76	86	67	74	75	86	88	86	91	
Geschlecht																
Männer	32	56	55	59	67	67	73	84	65	75	74	86	86	84	88	
Frauen	32	56	60	62	70	70	79	89	70	74	77	86	89	87	95	
Alter																
18–30 Jahre	57	73	81	80	84	86	87	92	83	86	82	92	94	92	96	
31–45 Jahre	37	66	72	74	84	79	89	91	76	84	82	89	91	92	94	
46–65 Jahre	21	47	45	55	63	73	79	89	62	67	73	86	90	87	95	
ab 65 Jahren	10	25	22	28	33	41	46	71	34	59	59	74	77	73	82	
Bildung																
Hauptschulabschluss	22	40	42	47	52	54	56	72	49	59	60	77	78	67	71	
Mittlere Reife/polytechnische Oberschule	41	63	66	70	80	72	83	88	77	85	82	87	91	90	95	
Abitur/Fachabitur	60	79	81	80	86	86	89	94	86	87	88	98	94	97	97	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008, 2012, 2016.

► Tab 2 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau 1982–2016 — in Prozent

	West								Ost							
	1982	1991	1996	2000	2004	2008	2012	2016	1991	1996	2000	2004	2008	2012	2016	
	Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Aussagen 4–6															
Insgesamt¹	29	43	46	53	59	66	74	85	74	80	83	88	92	92	93	
Geschlecht																
Männer	25	37	40	46	50	61	66	81	70	76	81	85	91	90	91	
Frauen	32	49	52	60	67	70	82	88	77	84	85	92	93	95	95	
Alter																
18–30 Jahre	37	50	55	65	61	76	78	85	79	78	84	85	86	84	96	
31–45 Jahre	34	52	53	57	70	68	82	88	78	82	87	90	93	93	91	
46–65 Jahre	24	36	42	50	55	68	76	86	70	79	80	90	95	95	94	
ab 65 Jahren	16	28	26	41	40	53	57	79	64	80	82	87	91	93	92	
Bildung																
Hauptschulabschluss	24	34	39	47	48	55	63	80	65	79	81	89	92	88	87	
Mittlere Reife/polytechnische Oberschule	33	48	47	59	65	70	78	81	79	80	82	87	92	93	95	
Abitur/Fachabitur	41	56	60	60	71	76	82	90	77	85	89	92	93	94	93	

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008, 2012, 2016.

Kinder auswirkt. Die Verringerung der Unterschiede in den Einstellungen zwischen den Geschlechtern in Westdeutschland in den letzten Jahren lässt sich wohl auch auf die Veränderung der weiblichen Erwerbstätigkeit, auf den Ausbau der Kinderbetreuung und Veränderungen in der

Regelung zum Elterngeld zurückführen. Müttererwerbstätigkeit ist auch im Westen selbstverständlicher geworden.

Einen großen Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau im Erwerbsleben hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind jüngere Men-

schen egalitärer eingestellt als ältere. Dies gilt für beide untersuchten Dimensionen und trifft auf West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu. Die Unterschiede in den je nach Altersgruppe vorliegenden Einstellungen zur Rolle der Frau haben 2016 allerdings abgenommen. Auch ältere

Befragte zeigen sich inzwischen deutlich egalitärer als früher. Unterschiede im Bildungsniveau haben im Osten und im Westen ähnliche Auswirkungen auf die Einstellungen. So ist ein höherer Bildungsstand mit egalitäreren Einstellungen verbunden. In allen Bildungsgruppen nahmen egalitäre Einstellungen über die Zeit zu, wobei in den unteren Bildungsgruppen der Anstieg stärker war als in den höheren Bildungsgruppen. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nahmen über alle Bildungsgruppen ab.

10.3.2 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes für seine Kinder

Im Folgenden werden vier ausgewählte Fragen zur Rolle des Mannes in Familie und Beruf genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes für seine Kinder und auf die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Familie.

Die Aussagen in Tabelle 3 beziehen sich auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Vaters für seine Kinder. Bis 2008 wurde nur die Einstellung zu Konsequenzen der weiblichen Erwerbstätigkeit erfasst. Seit 2012 kann man diesbezüglich die Einstellungen zu Vater und Mutter vergleichen. Die meisten Befragten vor allem in Ostdeutschland waren 2016 der Meinung, dass sich weibliche Erwerbstätigkeit nicht negativ auf die Kindesentwicklung auswirke (siehe Tab 2). Die Erwerbstätigkeit des Vaters wurde allerdings ambivalenter beurteilt. Die meisten Befragten (73 % der Westdeutschen und 87 % der Ostdeutschen) stimmten zwar zu, dass »ein Vollzeit erwerbstätiger Vater [...] zu seinem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben [kann] wie ein Vater, der nicht berufstätig ist«. Allerdings gab auch ein Drittel der Ostdeutschen und knapp die Hälfte der Westdeutschen an, dass »ein Vollzeit erwerbstätiger Vater [...] sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern [kann]«. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass die Befragten wahrnehmen, dass Vollzeiterwerbstätigkeit von Vätern zwar

► Tab 3 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit des Mannes 2012 und 2016 – in Prozent

	»Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann sich nicht ausreichend um seine Kinder kümmern.« ¹				»Ein Vollzeit erwerbstätiger Vater kann zu seinem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie ein Vater, der nicht berufstätig ist.« ¹			
	traditionell				egalitär			
	West		Ost		West		Ost	
	2012	2016	2012	2016	2012	2016	2012	2016
Insgesamt ²	45	45	36	33	77	73	87	87
Geschlecht								
Männer	48	51	42	36	74	69	83	84
Frauen	43	40	30	30	80	77	90	90
Verheiratete Frauen ³								
berufstätig	35	32	28	31	78	76	93	87
nicht berufstätig	51	45	32	36	85	81	92	97
Verheiratete Männer ³								
berufstätig	44	47	44	33	74	67	78	88
nicht berufstätig	59	59	45	43	81	76	90	85
Alter								
18–30 Jahre	36	36	31	21	71	66	81	88
31–45 Jahre	39	40	32	34	76	67	86	77
46–65 Jahre	49	49	38	31	76	76	87	88
ab 65 Jahren	55	50	40	42	86	80	91	92
Bildung								
Hauptschulabschluss	53	52	40	38	80	75	92	92
Mittlere Reife/ polytechnische Oberschule	42	46	37	34	76	73	86	87
Abitur/Fachabitur	40	42	28	30	76	73	84	85

¹ Anteil »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.

² Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

³ Verheiratet und mit dem Ehepartner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 2012 und 2016.

zu wenig Zeit für den Vater mit seinen Kindern führt, aber dadurch nicht zwangsläufig das Verhältnis zwischen Vater und Kindern leiden muss. Eventuell wird es von Vätern auch nicht erwartet, sich in hohem Maße um ihre Kinder zu kümmern. ► Tab 3

Wie bei den Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit standen Befragte im Osten der Vollzeiterwerbstätigkeit des Vaters positiver gegenüber als Befragte im Westen. Dies lässt sich möglicherweise auf die in Ostdeutschland weitverbreitete generationenübergreifende Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Familienpolitik der DDR zurück-

führen, bei der der Staat der Familie die Kinderbetreuung nicht hauptverantwortlich überließ, sondern diese stark unterstützte. Anders als bei Einstellungen zur weiblichen Erwerbstätigkeit näherten sich aber die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit des Vaters in West- und Ostdeutschland nicht an.

Im Einklang mit den eher traditionellen Einstellungen der Männer zur Rolle der Frau hatten Männer auch bezüglich der Erwerbstätigkeit von Vätern in West- und Ostdeutschland traditionellere Einstellungen als Frauen. Sie stimmten häufiger als Frauen der Aussage zu, dass sich ein Vollzeit erwerbstätiger Vater nicht

ausreichend um die Kinder kümmern könne. Zudem waren weniger Männer als Frauen der Ansicht, dass berufstätige Väter ein genauso inniges Verhältnis zu den Kindern haben könnten wie nicht berufstätige Väter. Dies gilt sowohl für 2012 als auch für 2016, wobei sich die traditionelle Haltung der Männer im Westen zwischen 2012 und 2016 leicht verstärkte.

Die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit des Mannes sind in Ost- und Westdeutschland von der eigenen Erwerbstätigkeit abhängig. Berufstätige Frauen und Männer stimmten in beiden Landesteilen seltener als Nichterwerbstätige der Aussage zu, dass sich Vollzeit erwerbstätige Männer nicht ausreichend um die Kinder kümmern könnten. Hier scheint die eigene Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Rolle zu spielen. Wer die Erfahrung nicht macht, ist deutlich skeptischer in Bezug auf die Erwerbstätigkeit des Mannes. Bei der Frage nach dem »innigen Verhältnis eines Vollzeit erwerbstätigen Vaters zu seinem Kind« ist es genau umgekehrt. Hier waren berufstätige Männer in Westdeutschland und berufstätige Frauen in beiden Landesteilen seltener als Nichterwerbstätige der Ansicht, dass ein Vollzeit erwerbstätiger Vater ein genauso inniges Verhältnis zu seinen Kindern aufbauen könne wie ein Vater, der nicht berufstätig ist. Auch hier ist es möglicherweise die berufliche Erfahrung, die Männer und Frauen die Konsequenzen der väterlichen Erwerbstätigkeit auf das Verhältnis zum Kind skeptischer einschätzen lässt.

Die Ambivalenz gegenüber der väterlichen Erwerbstätigkeit ist in der höchsten Altersgruppe am größten. In dieser Gruppe war die Zustimmung zum innigen Verhältnis eines erwerbstätigen Vaters zu seinen Kindern am höchsten, zugleich aber auch die Zustimmung zur Einschätzung, dass sich Vollzeit erwerbstätige Väter nicht ausreichend um die Kinder kümmern könnten. Die Ambivalenz ist in der jüngsten Altersgruppe am niedrigsten und möglicherweise neben der eigenen Erfahrung von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Ausdruck

gestiegener Ansprüche der jüngeren Befragten, was ein inniges Verhältnis zu den Kindern betrifft. Dieser Unterschied der Altersgruppen ist sowohl 2012 als auch 2016 festzustellen. Gerade in Westdeutschland unterschied sich die Gruppe der über 65-Jährigen stark von den Jüngeren – eine Folge des in der Nachkriegszeit im Westen verbreiteten »traditionellen« Familienmodells. Allerdings hat sich die Einstellung der jungen Ostdeutschen in Bezug auf die Aussage, dass sich ein erwerbstätiger Vater nicht genug um seine Kinder kümmern könne, stark gewandelt. Sie äußerten sich 2016 deutlich egalitärer.

Interessanterweise findet sich die größte Ambivalenz der Einstellungen zur Erwerbstätigkeit des Vaters in Ost- und Westdeutschland bei Personen mit einem Volks- beziehungsweise Hauptschulabschluss. Mit steigendem Bildungsniveau sinkt diese Ambivalenz. Sowohl die Zustimmung zur Aussage, dass sich Vollzeit erwerbstätige Väter nicht ausreichend kümmern könnten, als auch die Zustimmung zur Aussage, dass diese Väter ein genauso inniges Verhältnis haben könnten wie nicht erwerbstätige Väter, sinkt mit steigendem Bildungsniveau.

Es zeigt sich somit 2012 wie auch 2016, dass in allen betrachteten Gruppen ein hoher Anteil der Personen der Meinung war, dass sich ein Vollzeit erwerbstätiger Vater nicht ausreichend um seine Kinder kümmern könne. Gleichzeitig war in allen Gruppen die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass ein Vollzeit erwerbstätiger Vater ein genauso inniges Verhältnis zu seinen Kindern haben könne wie ein Vater, der nicht berufstätig ist.

10.3.3 Einstellungen zur Arbeitsteilung in der Familie

Das männliche Alleinverdiener-Modell, in dem der Mann die finanzielle Versorgung der Familie übernimmt und die Frau für Haushalt und Kinder verantwortlich ist, verliert in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Dadurch rücken andere Arbeitsteilungsmodelle in der Familie in den Fokus. Im ALLBUS 2012 und 2016 wurden unter anderem Ein-

stellungen dazu erfasst, wie die Befragten ein Rollentausch-Modell bewerten, bei dem der Mann zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert, während die Frau Vollzeit erwerbstätig ist. Zudem bewerteten die Befragten ein eher traditionelles Arbeitsteilungsmodell, bei dem zwar beide erwerbstätig sind, aber die Frau für den Haushalt und die Familie hauptverantwortlich ist. ▶ Tab 4

Das Rollentausch-Modell wurde im Osten und Westen Deutschlands ähnlich positiv bewertet. Jeweils etwa 94% der Befragten konnten sich gut vorstellen, dass Frauen die Alleinverdienerinnen und Männer für Haushalt und Kinder verantwortlich sind. Geringe Unterschiede zeigen sich 2012 bei verheirateten Frauen im Osten: Hier äußerten berufstätige Frauen eine höhere Zustimmung als nicht berufstätige. Dieser Unterschied ist für 2016 allerdings nicht mehr zu beobachten. Im Westen lassen sich für 2012 keine solchen Unterschiede feststellen. Im Jahr 2016 äußerten sich berufstätige Frauen leicht egalitärer als nicht berufstätige. Verheiratete Männer im Osten und Westen stimmten bei eigener Berufstätigkeit dem Modell stärker zu als Männer, die nicht berufstätig waren, wobei der Unterschied 2012 im Westen deutlicher ausfiel als im Osten, wo sich für 2016 geringe Unterschiede in die andere Richtung beobachten lassen.

Im Westen stimmten ältere Befragte dem Rollentausch-Modell am seltensten zu. Im Osten waren die Unterschiede nach Alter geringer. In Bezug auf den allgemeinbildenden Schulabschluss zeigt sich, dass mit zunehmendem Bildungsniveau die Befragten im Westen dem Rollentausch-Modell eher zustimmten. Allerdings sind die Unterschiede nach Bildungsniveau im Osten wie im Westen gering.

Die allgemein hohe Zustimmung zum Rollentausch-Modell lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass dieses Arbeitsteilungsmodell kaum praktiziert wird und dadurch einen hypothetischen Charakter aufweist, die Einstellungen hierzu somit selten auf eigenen Erfahrungen beruhen.

► **Tab 4 Einstellungen zur Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau 2012 und 2016 – in Prozent**

	»In einer Familie kann auch der Mann für den Haushalt und die Kinder verantwortlich sein, während die Frau Vollzeit erwerbstätig ist.« ¹				»Auch wenn beide Eltern erwerbstätig sind, ist es besser, wenn die Verantwortung für den Haushalt und die Kinder hauptsächlich bei der Frau liegt.« ¹			
	egalitär				traditionell			
	West		Ost		West		Ost	
	2012	2016	2012	2016	2012	2016	2012	2016
Insgesamt²	94	93	94	94	32	25	25	19
Geschlecht								
Männer	93	91	92	95	37	31	29	21
Frauen	94	94	95	94	27	19	21	17
Verheiratete Frauen³								
berufstätig	95	96	99	95	19	17	12	11
nicht berufstätig	94	90	95	95	34	26	29	28
Verheiratete Männer³								
berufstätig	95	94	95	91	28	23	27	20
nicht berufstätig	89	86	92	93	54	45	36	24
Alter								
18–30 Jahre	97	94	91	96	24	19	22	9
31–45 Jahre	93	94	96	99	27	19	18	17
46–65 Jahre	96	96	96	93	27	19	22	17
ab 65 Jahren	86	85	90	93	53	43	38	28
Bildung								
Hauptschulabschluss	92	90	93	96	45	32	38	31
Mittlere Reife/ polytechnische Oberschule	94	93	93	95	28	26	23	16
Abitur / Fachabitur	95	95	95	93	21	18	16	17

1 Anteil »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.

2 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

3 Verheiratet und mit dem Ehepartner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 2012 und 2016.

Das Modell, bei dem die Verantwortung für Haushalt und Kinderbetreuung auch dann bei der Frau liegt, wenn beide (Ehe-)Partner erwerbstätig sind, wurde im Westen stärker befürwortet als im Osten. Insgesamt lag die Zustimmung zu diesem Modell 2016 mit einem Viertel (West) beziehungsweise knapp einem Fünftel (Ost) in beiden Landesteilen auf einem relativ niedrigen Niveau. Männer standen diesem Modell, insbesondere im

Westen, positiver gegenüber als Frauen. Erwerbstätige verheiratete Frauen stimmten dieser Arbeitsteilung seltener zu als nicht berufstätige verheiratete Frauen. Bei verheirateten Männern war der Unterschied zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen im Westen noch deutlicher. Während die berufstätigen Männer in Ost und West mit 20 % beziehungsweise 23 % nahezu in gleicher Weise dem Arbeitsteilungsmodell zustimmten, befürworteten

es im Westen 45 % und im Osten 24 % der nicht berufstätigen Ehemänner. Hier zeigt sich im Westen eine stärkere Verankerung dieses Arbeitsteilungsmodells als im Osten. Tabelle 4 zeigt zudem, dass mit zunehmendem Alter der Befragten die Zustimmung zu diesem Arbeitsteilungsmodell ansteigt, wobei diese Unterschiede im Westen deutlicher ausgeprägt sind als im Osten. Im Westen unterschied sich die Gruppe der über 65-Jährigen erneut stark von der Gruppe der Jüngeren. Mit steigendem Bildungsniveau nahm die Zustimmung zu einem traditionellen Modell ab.

Generell stimmten in Ost- und Westdeutschland 2016 weniger Menschen diesem traditionellen Arbeitsteilungsmodell zu als noch 2012. Besonders ausgeprägt ist diese Abnahme bei Personen mit niedrigerer Bildung im Westen und Personen in der jüngsten Altersgruppe im Osten.

10.3.4 Ausblick

Die Einstellungen in West und Ost bezüglich weiblicher Erwerbstätigkeit und der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter annähern. Gerade bei jungen Menschen sind die Unterschiede zwischen West und Ost nicht so groß wie bei den Älteren. Auch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und die zunehmend besseren Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Westen sowie die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter in beiden Landesteilen ermöglichen ein egalitäreres Familienmodell. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Modell eines traditionellen männlichen Alleinverdieners an Bedeutung verliert und Frauen mehr Verantwortung erfahren beziehungsweise ihnen zugesprochen wird, für den Lebensunterhalt zu sorgen. Auch ein Modell, bei dem nur die Frau erwerbstätig ist, findet in West- und Ostdeutschland breite Akzeptanz.

10.4 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern

Michael Blohm, Martina Wasmer
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Insgesamt lebten Ende 2016 ungefähr 10 Millionen Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland, viele von ihnen schon seit Langem. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verschiedener Ausländergruppen variiert dabei stark. Während Personen mit türkischem Pass, die zahlenmäßig stärkste Ausländergruppe, sich im Mittel bereits seit 29 Jahren hier aufhalten, sind es bei den Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit noch nicht einmal drei Jahre. In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich der Fokus stark auf die in den letzten Jahren angekommenen Schutzsuchenden verschoben. Insbesondere über die Frage nach der Integration in die deutsche Gesellschaft wird intensiv diskutiert. Neben dem Aspekt der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit der ausländischen Bevölkerung spielt dabei die Haltung der Mehrheitsgesellschaft eine zentrale Rolle. Abschottungstendenzen, Vorbehalte gegenüber »den Fremden« und anderen Kulturen, mangelnde Akzeptanz von Ausländern als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger – »ausländerfeindliche« Positionen in der einheimischen Bevölkerung erschweren den Eingliederungsprozess oder stellen sogar das Ziel »Integration« infrage. Deshalb wird im Folgenden untersucht, welche Einstellungen Deutsche gegenüber hier lebenden Ausländern und gegenüber Muslimen haben, wie sie zum Zuzug von Schutzsuchenden stehen und inwieweit Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in unterschiedlichen Lebensbereichen bestehen.

10.4.1 Einstellungen zu ausländerdiskriminierenden Forderungen

In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurde seit 1980 wiederholt die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen erfasst, die restriktive beziehungsweise diskriminierende Forderungen gegenüber Ausländern beinhalten. Im Einzelnen sind dies: dass die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil besser an den der

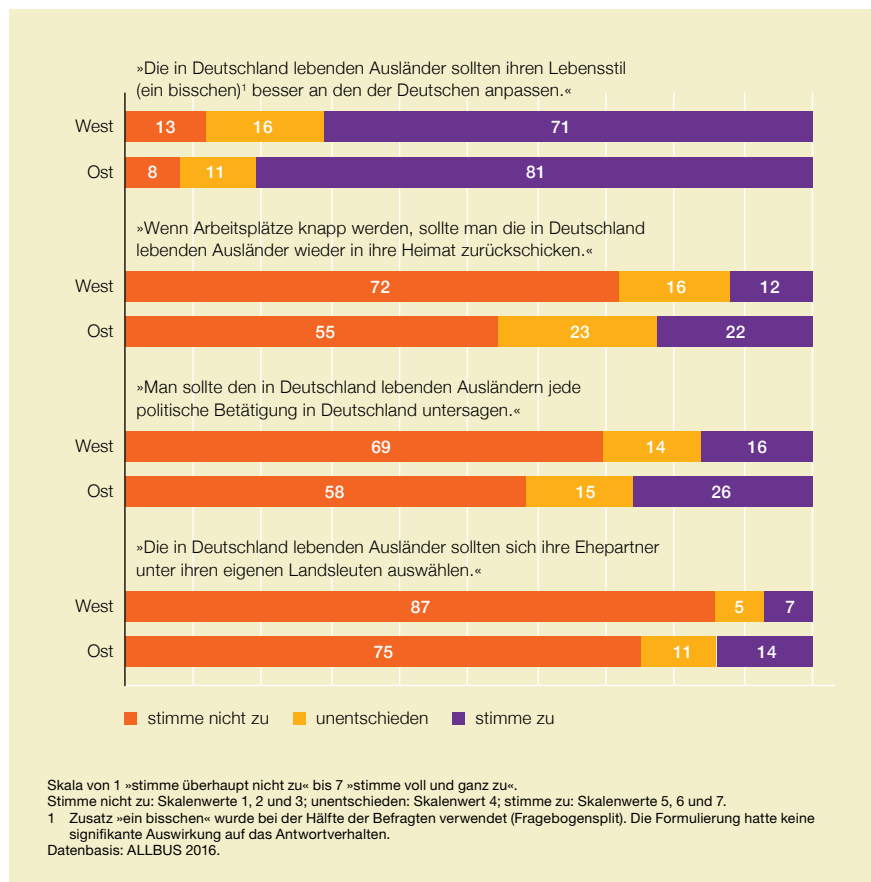
Deutschen anpassen sollten, dass sie wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, dass ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden sollte und dass sie sich ihren Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten.

Mit Abstand am meisten Zustimmung fand 2016 die vergleichsweise gemäßigte Forderung nach Assimilation an den deutschen Lebensstil. Sie wurde im Westen von über 70 %, im Osten von über 80 % der befragten erwachsenen Deutschen unterstützt. Den anderen Aussagen, in denen Ausländern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgesprochen wird, stimmte demgegenüber die Mehrheit der Befragten eher nicht zu. Das galt insbesondere für die Forderung danach, dass Ausländer »unter sich« heiraten sollten, von der sich 87 % der Westdeutschen und 75 % der Ostdeutschen distanzieren. Auch bei den anderen beiden ausländerdiskriminierenden Aussagen gab es in beiden Landesteilen eine Mehrheit für die ausländerfreundliche Position, die allerdings bei den Ostdeutschen weniger deutlich ausfiel als bei den Westdeutschen. ▶ [Abb 1](#)

Während Männer und Frauen sich in ihren Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern kaum unterschieden, spielten Alter und Bildung eine bedeutende Rolle. In beiden Landesteilen äußerten ältere Befragte mehr Vorbehalte gegenüber Ausländern als jüngere, wobei im Westen zwischen der jüngsten und der mittleren Altersgruppe kaum Unterschiede zu erkennen waren. Bei den über 59-Jährigen lag in beiden Landesteilen der Anteil derjenigen, die den verschiedenen Aussagen zustimmten, um jeweils mindestens 4 Prozentpunkte höher als bei den 40- bis 59-Jährigen. ▶ [Tab 1](#)

In West und Ost gilt: je gebildeter desto weniger ausländerdiskriminierend. Personen mit höherer formaler Bildung forderten deutlich seltener eine stärkere Anpassung der Ausländer an deutsche

► **Abb 1 Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Forderungen 2016 – in Prozent**



Gepflogenheiten und stimmten auch seltener den drei weiteren ausländerdiskriminierenden Aussagen zu als Personen mit einem niedrigeren allgemeinbildenden Schulabschluss. In West und Ost fanden letztgenannte Aussagen nur bei einer kleinen Minderheit von jeweils unter 10% der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur Unterstützung. Bei den Befragten, die höchstens einen Hauptschulabschluss hatten, lagen die Zustimmungsraten bei den genannten drei Forderungen jeweils um ein Vielfaches höher, etwa viermal so hoch bei den Forderungen nach einem Heimschicken der Ausländer bei knapper Arbeit und nach einem Verbot politischer Betätigung; bei der Forderung, unter sich zu heiraten, sogar um einen Faktor von etwa 6,5 höher.

Was den Wandel der Einstellungen über die Zeit angeht, so ist in den alten Bundesländern von 1980 bis 1994 ein – mehr oder weniger starker – kontinuierlicher Rückgang der Zustimmung zu allen vier Aussagen zu beobachten. Für diesen

► **Tab 1 Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Forderungen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen 2016 – in Prozent**

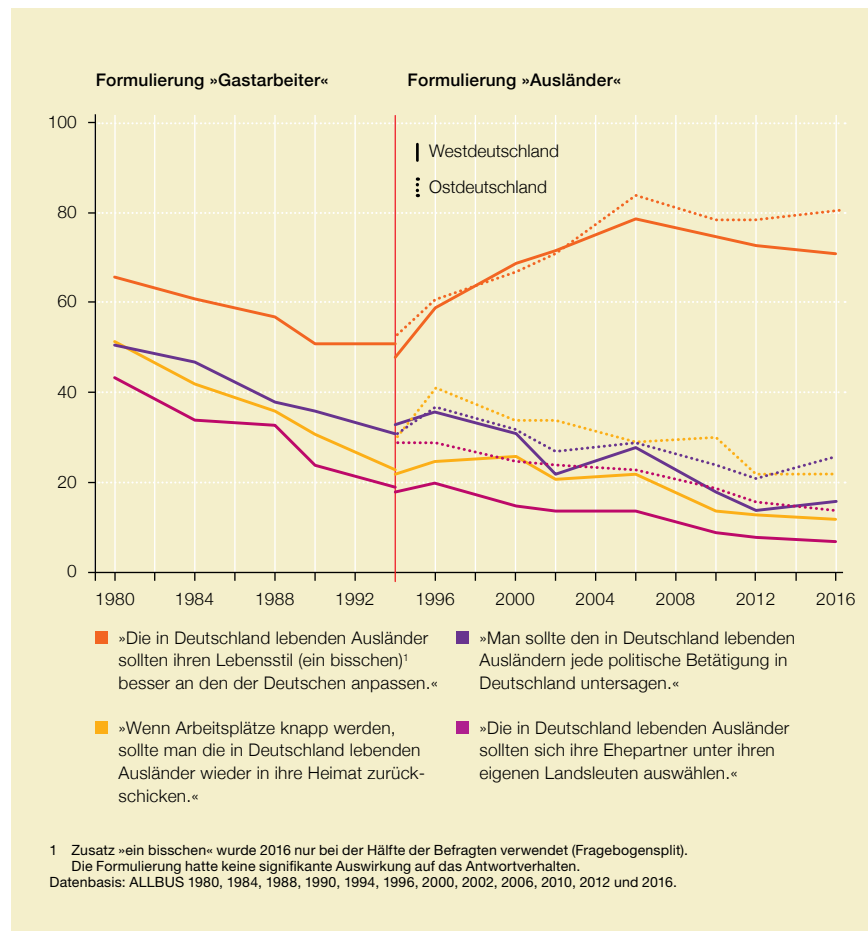
	West				Ost			
	»Lebensstil anpassen«	»in Heimat schicken, wenn Arbeit knapp«	»keine politische Betätigung«	»unter sich heiraten«	»Lebensstil anpassen«	»in Heimat schicken, wenn Arbeit knapp«	»keine politische Betätigung«	»unter sich heiraten«
Insgesamt	71	12	16	7	81	22	26	14
Geschlecht								
Männer	71	12	17	7	81	21	26	14
Frauen	72	12	16	7	81	22	27	15
Altersgruppen								
18–39 Jahre	69	9	11	4	72	17	19	7
40–59 Jahre	69	10	15	5	80	21	26	10
ab 60 Jahren	77	17	23	13	88	25	30	23
Schulabschluss								
Hauptschule	82	21	27	14	89	36	42	33
Mittlere Reife	74	12	20	7	86	24	32	13
(Fach-)Hochschulreife	62	5	7	2	70	9	9	5

Datenbasis: ALLBUS 2016.

Zeitraum kann man eine zunehmend tolerantere Haltung gegenüber Ausländern konstatieren. Seit 1994 ist das Bild weniger eindeutig. Auffällig ist vor allem die Entwicklung bei der Forderung nach mehr Lebensstilanpassung. Diese Aussage thematisiert im Unterschied zu den anderen nicht direkt eine Diskriminierung oder Ausgrenzung und ist somit auch nicht unbedingt als ausländerfeindlich zu bewerten. Hier war zwischenzeitlich eine starke Zunahme der Zustimmungswerten zu verzeichnen. Seit 2010 lagen sie relativ konstant bei knapp 75 % im Westen und etwa 80 % im Osten. Im Gegensatz zu dieser Forderung nach der Anpassung des Lebensstils war bei den anderen Items bislang im Großen und Ganzen eine Fortsetzung des liberalen Trends auch nach 1994 zu beobachten. Dementsprechend stimmten 2016 sowohl der Forderung nach Heirat innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe als auch der Forderung, bei angespannter Arbeitsmarktsituation Ausländer in ihre Heimat zurückzuschicken, in beiden Landesteilen so wenige Befragte zu wie niemals zuvor in den ALLBUS-Erhebungen. Etwas anders sieht es beim Verbot politischer Betätigung für Ausländer aus. Diese Forderung fand gegen den generellen Trend in West- und Ostdeutschland 2016 etwas mehr Zustimmung als bei der vorherigen Erhebung 2012. Hier mögen die Diskussionen um aktuelle Ereignisse wie die Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland eine Rolle gespielt haben. ▶ Abb 2

Bei der Betrachtung der Zeitreihen für die vier Items muss man beachten, dass 1994 der bis dahin verwendete Begriff »Gastarbeiter« durch »in Deutschland lebende Ausländer« ersetzt wurde, um den veränderten Gegebenheiten und dem damit verbundenen geänderten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen. Wie man an den Zahlen für 1994, als beide Formulierungsvarianten bei jeweils der Hälfte der Befragten verwendet wurden, sehen kann, hatte dies allerdings kaum Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten.

▶ Abb 2 Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Forderungen 1980–2016 – in Prozent



10.4.2 Einstellungen zum Islam

Im ALLBUS werden auch einige Fragen zu den Einstellungen der Deutschen gegenüber dem Islam beziehungsweise Muslimen gestellt. Sie stellen eine wichtige Ergänzung zu den bislang erhobenen Einstellungen dar, da die islamische Religionszugehörigkeit in Deutschland eng verknüpft ist mit einem ausländischen Migrationshintergrund. Musliminnen und Muslime weisen hierzulande ganz überwiegend einen Migrationshintergrund auf und die große Mehrheit der hier lebenden Menschen türkischer Herkunft sowie der in den letzten Jahren angekommenen Schutzsuchenden gehören dem Islam an.

Gefragt wird im ALLBUS unter anderem nach der Zustimmung zur Forderung, dass die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland eingeschränkt werden sollte. Im Jahr 2016 bejahten dies 37 % der Westdeutschen und sogar 57 % der Ostdeutschen. Damit offenbarten hier mehr als doppelt so viele eine restriktive Haltung wie bei den bereits erwähnten Forderungen aus den Bereichen Politik und Wirtschaft. Und die Tatsache, dass lediglich 19 % der Westdeutschen und 13 % der Ostdeutschen bejahten, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passe, rundet den Eindruck ab, den man bereits angesichts des ausgeprägten Wunsches der Deutschen nach

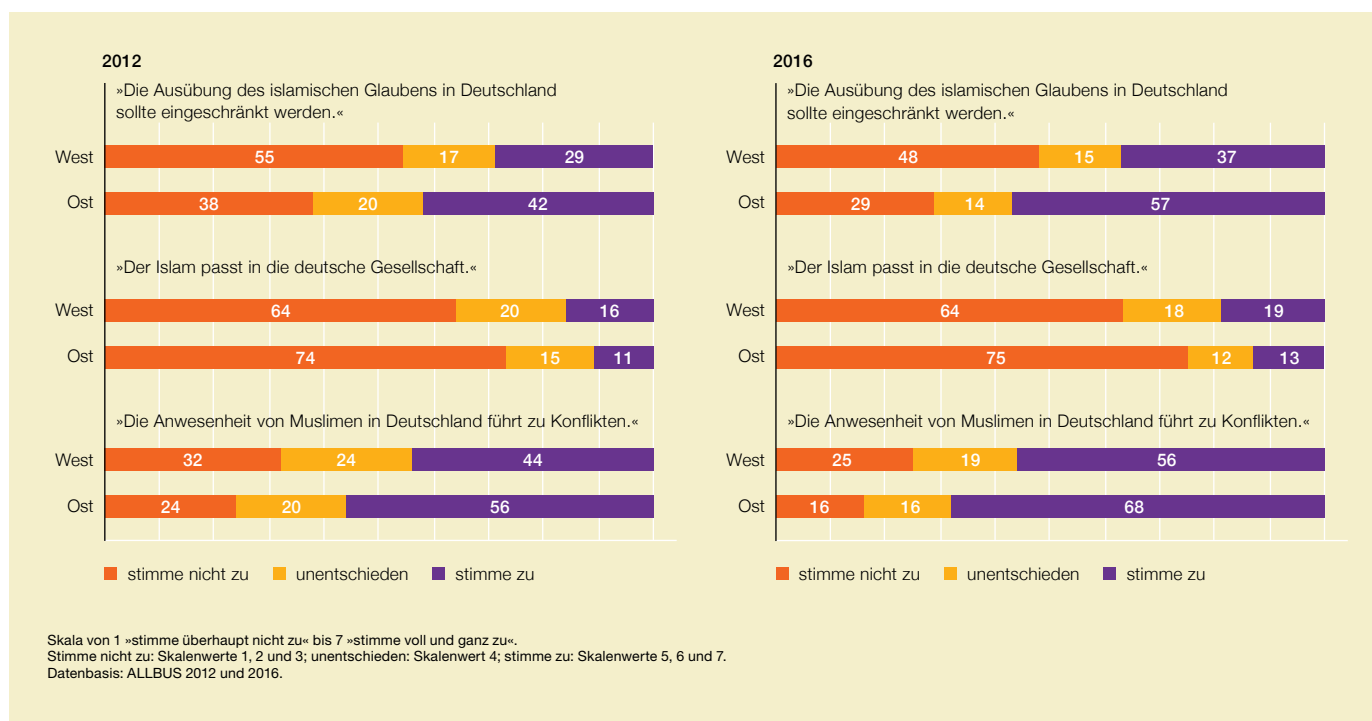
Assimilationsbereitschaft der hier lebenden Ausländer gewinnen konnte: Die einheimische Bevölkerung begegnet der kulturellen Vielfalt, die mit der Anwesenheit der Migrantinnen und Migranten

in Deutschland verbunden ist, mehrheitlich mit Skepsis. Dies belegen auch die klaren Mehrheiten (56% der Westdeutschen und 68% der Ostdeutschen), die 2016 der Ansicht waren, dass die An-

wesenheit von Muslimen in Deutschland zu Konflikten führe. ▶ Abb 3

Im Jahr 2012 waren die Fragen zum Islam erstmals im ALLBUS enthalten. Der Zeitvergleich zeigt, dass seitdem die

▶ Abb 3 Einstellungen zum Islam 2012 und 2016 – in Prozent



▶ Tab 2 Islamkritische Einstellungen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen – in Prozent

	West			Ost		
	»Religionsausübung einschränken«	»Islam passt nicht«	»Konflikte durch Muslime«	»Religionsausübung einschränken«	»Islam passt nicht«	»Konflikte durch Muslime«
Insgesamt	37	64	56	57	75	68
Geschlecht						
Männer	37	63	55	58	76	66
Frauen	37	64	57	55	75	70
Altersgruppen						
18–39 Jahre	28	58	52	42	64	64
40–59 Jahre	37	60	55	56	76	69
ab 60 Jahren	44	73	59	66	82	69
Schulabschluss						
Hauptschule	53	76	63	74	88	73
Mittlere Reife	38	67	57	65	80	72
(Fach-)Hochschulreife	25	52	50	35	62	58

Datenbasis: ALLBUS 2016.

Haltung der Deutschen zum Islam noch kritischer geworden ist. In West und Ost sind die Anteile derjenigen, die die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland als konfliktträchtig wahrnehmen und die eine Einschränkung der Religionsausübung für Muslime fordern, noch einmal deutlich – zwischen 8 und 15 Prozentpunkten – angestiegen. Lediglich im Hinblick auf die allgemeine Aussage, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passe, hat sich seit 2012 nur wenig geändert. Diese wurde allerdings damals bereits mit großer Mehrheit abgelehnt.

Was die Verbreitung islamkritischer Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Subgruppen angeht, sind keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen. Bei den anderen beiden Merkmalen, Alter und Bildung, ergibt sich ein differenziertes Bild, je nachdem welche der Einstellungen man betrachtet. Jüngere und Personen mit höherer Schulbildung äußerten sich weniger islamkritisch. Allerdings variiert das Ausmaß der beobachteten Unterschiede beträchtlich. Am deutlichsten waren sie bei der diskriminierenden Forderung nach einer Beschränkung der Religionsausübung für Muslime. Bei der Aussage, dass die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland zu Konflikten führe, sieht das Meinungsbild in allen hier unterschiedenen Subgruppen der deutschen Gesellschaft dagegen recht ähnlich aus. Auffällig sind hier nur die Ostdeutschen mit hoher formaler Bildung. Sie sahen die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland deutlich seltener als konfliktträchtig an als Ostdeutsche mit geringerer Bildung. ▶ Tab 2

10.4.3 Einstellungen zum Zuzug von Schutzsuchenden

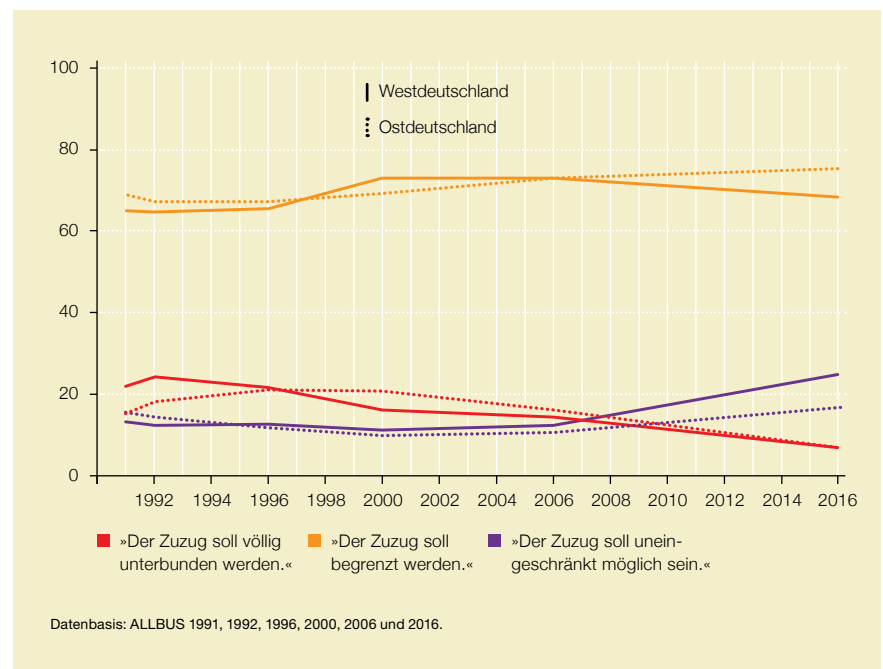
Die Einstellungen der Bevölkerung zum Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland werden im ALLBUS seit 1991 in beiden Landesteilen erhoben. Sowohl zu Beginn der 1990er-Jahre, als viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Deutschland kamen, als auch zum Zeitpunkt der

letzten ALLBUS-Erhebung 2016 wurde insbesondere die Frage, wie mit Schutzsuchenden verfahren werden solle, intensiv öffentlich diskutiert. Zu allen Erhebungszeitpunkten war die überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung, dass der Zuzug von Schutzsuchenden nach Deutschland begrenzt werden solle. Die Extrempositionen fanden demgegenüber geringere Unterstützung: Der Anteil derjenigen, die forderten, dass der Zuzug von Schutzsuchenden völlig unterbunden werden solle, nahm in West und Ost in den letzten 20 Jahren deutlich ab und lag 2016 unter 10 %. Der Gegenposition – uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten für Schutzsuchende – stimmten 2016, in den Zeiten der sogenannten Flüchtlingskrise, mehr Befragte zu als je zuvor. ▶ Abb 4

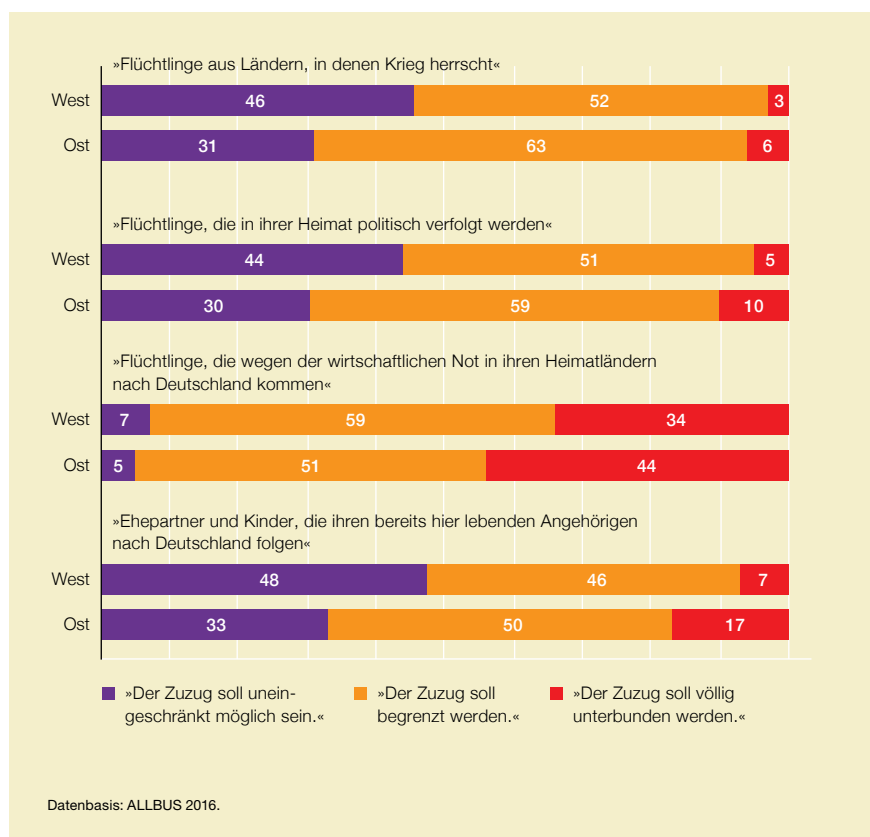
Bei den Fragen zum Zuzug wurde 2016 erstmals stärker nach Personengruppen mit verschiedenen Migrationsmotiven differenziert. Unterschieden wurde bei den in Deutschland Schutzsuchenden zwischen politisch Verfolgten, Bürgerkriegsflüchtlingen sowie Personen,

die aufgrund der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern fliehen. Außerdem wurde das politisch umstrittene Thema »Familiennachzug« aufgegriffen. Den Zuzug von Menschen, die wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen, will eine Mehrheit in West und Ost begrenzen; 34 % der Westdeutschen und 44 % der Ostdeutschen plädierten sogar dafür, den Zuzug von Armutsflüchtlingen völlig zu unterbinden. Bei den anderen Gruppen von Schutzsuchenden waren es demgegenüber nur kleine Minderheiten zwischen 3 % und 7 % im Westen und zwischen 6 % und 17 % im Osten, die sich für eine vollständige Abschottung aussprachen. Zwar wählten auch in Hinblick auf diese Gruppen die meisten Befragten die relativ unbestimmte Antwortkategorie »der Zuzug soll begrenzt werden«. Aber auch die Politik der offenen Grenzen für Personen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, fand breite Unterstützung. Für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten plädierten hier

▶ Abb 4 Einstellungen zum Zuzug Schutzsuchender 1991–2016 — in Prozent



► **Abb 5 Einstellungen zum Zuzug verschiedener Gruppen von Schutzsuchenden 2016 – in Prozent**



immerhin etwa 45 % der Westdeutschen und rund 30 % der Ostdeutschen. Die restriktivere Haltung der Ostdeutschen gegenüber dem Zuzug von Schutzsuchenden tritt auch deutlich bei der Frage des Familiennachzugs zutage. Diesen wollten 17 % der Ostdeutschen gegenüber lediglich 7 % der Westdeutschen komplett unterbinden. Bei der Frage des Familiennachzugs war aber gleichzeitig auch – mit 48 % im Westen und 33 % im Osten – jeweils der höchste Anteil derjenigen zu verzeichnen, die sich für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten aussprachen. ► **Abb 5**

Betrachtet man auch hier, wie sich die Meinungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen darstellen, fällt zum einen auf, dass hier im Gegensatz zu den ausländerdiskriminierenden Einstellungen und den islambezogenen Einstellungen Geschlechtsunterschiede zu erkennen sind. In beiden Landesteilen und bei allen Items waren Frauen häufiger für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten. Wirklich deutlich ist der Unterschied allerdings nur im Fall

► **Tab 3 Befürwortung uneingeschränkter Zuzugsmöglichkeiten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen 2016 – in Prozent**

	West				Ost			
	Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein für ...				Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein für ...			
	Kriegsflüchtlinge	politisch Verfolgte	Armutsflüchtlinge	Familienangehörige	Kriegsflüchtlinge	politisch Verfolgte	Armutsflüchtlinge	Familienangehörige
Insgesamt	46	44	7	48	31	30	5	33
Geschlecht								
Männer	39	42	7	45	29	29	4	32
Frauen	52	46	8	50	32	31	6	34
Altersgruppen								
18–39 Jahre	49	47	11	55	43	36	12	48
40–59 Jahre	49	47	6	46	29	30	4	31
ab 60 Jahren	38	39	5	42	25	27	2	26
Schulabschluss								
Hauptschule	29	26	5	36	18	15	2	24
Mittlere Reife	46	44	8	48	25	27	2	28
(Fach-)Hochschulreife	57	57	9	56	48	46	11	47

Datenbasis: ALLBUS 2016.

von Kriegsflüchtlingen. 39 % der Männer (und damit sogar weniger als bei den politisch Verfolgten und den nachziehenden Familienangehörigen) plädierten dafür, dass für diese Menschen uneingeschränkter Zuzug möglich sein sollte. Unter den Frauen fand der Zuzug von Kriegsflüchtlingen mit 52 % die höchste Akzeptanz. Ansonsten waren Jüngere eher für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten als Ältere, wobei die Unterschiede zwischen den hier unterschiedenen Altersgruppen gerade im Westen zum Teil gering ausfielen. Dies gilt nicht für die verschiedenen Bildungsgruppen. Personen mit niedriger formaler Bildung äußerten sich in beiden Landesteilen jeweils deutlich restriktiver. Unter den Personen mit (Fach-)Hochschulreife sprachen sich im Osten jeweils mindestens etwa doppelt so viele für keinerlei Zuzugsbegrenzungen aus wie unter den Personen, die maximal einen Hauptschulabschluss hatten. Ähnlich sieht es im Westen aus. Auffällig ist, dass in beiden Landesteilen die Befragten mit Abitur praktisch keinen Unterschied zwi-

schen Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und nachziehenden Familienangehörigen machten, während die Befragten mit niedriger Bildung die Möglichkeit des Familiennachzugs am stärksten befürworteten. ▶ Tab 3

10.4.4 Kontakte zu Ausländern

Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern können in verschiedenen Lebensbereichen stattfinden: bei der Arbeit, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis. Menschen in Ostdeutschland berichteten in allen Lebensbereichen seltener über Kontakt mit Ausländern. Der Anteil der Westdeutschen mit Kontakten zu Ausländern war jeweils ungefähr doppelt so hoch wie der der Ostdeutschen. Bei Kontakten in der Nachbarschaft waren die Unterschiede sogar noch größer, was angesichts des immer noch deutlich geringeren Ausländeranteils in den neuen Bundesländern – etwa 4 % gegenüber etwa 13 % im Westen – nicht verwundert. Während im Westen 86 % der Befragten

mindestens in einem der Lebensbereiche Kontakt mit Ausländern hatten, war dies nur bei 59 % der Ostdeutschen der Fall. Häufig – mit 65 % im Westen und 34 % im Osten – handelte es sich dabei um Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis. Diese Kontakte sind als Indikator für eine gelungene Integration insofern von besonderer Bedeutung, als es sich hier um freiwillige, selbst gewählte Beziehungen handelt. ▶ Tab 4

Vor allem unter jüngeren Menschen und Personen mit höherer Bildung sind in beiden Landesteilen Kontakte zu Ausländern in den verschiedenen Bereichen stärker verbreitet. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen waren in beiden Landesteilen bei den Kontakten am Arbeitsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis besonders hoch. Betrachtet man die verschiedenen Altersgruppen, so ist festzustellen, dass 82 % der 18- bis 39-jährigen Westdeutschen angaben, Kontakte zu Ausländern im Freundeskreis zu haben, während weniger als die Hälfte der über 59-Jährigen solche Kon-

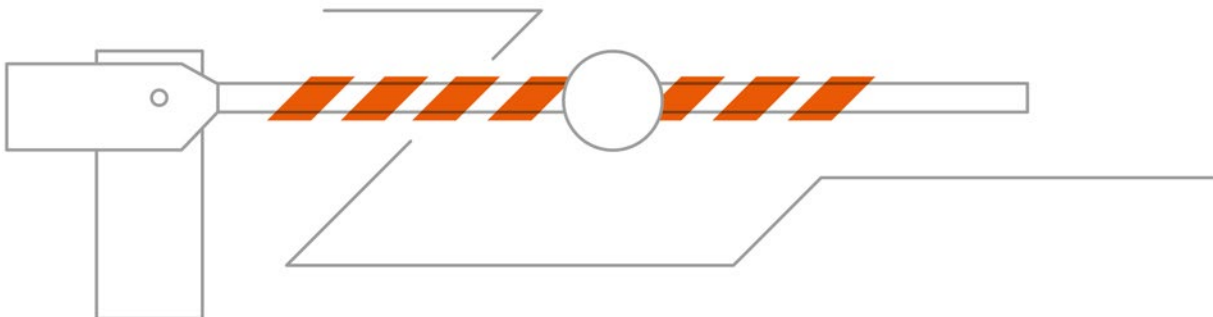
▶ Tab 4 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern 2016 – in Prozent

	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis	Kontakt, egal wo
West	31	61	53	65	86
Ost	14	35	20	34	59

Datenbasis: ALLBUS 2016.

39

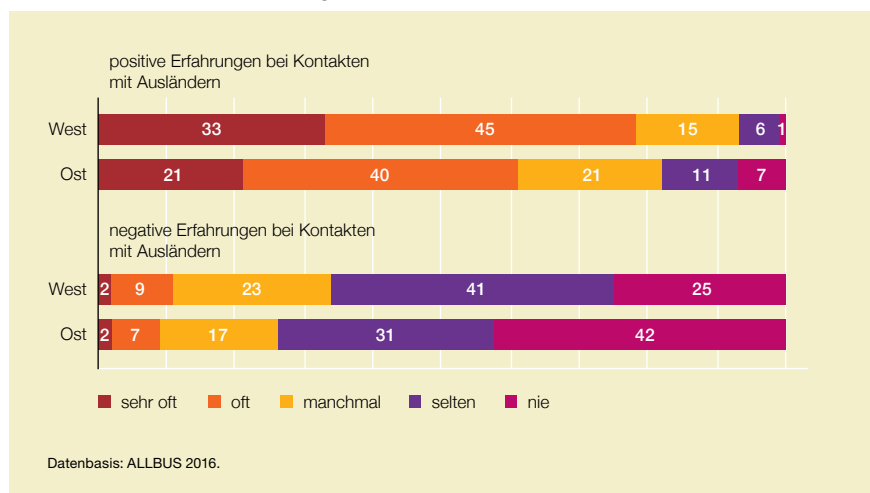
Prozent der Männer plädierten dafür, dass für Kriegsflüchtlinge uneingeschränkter Zuzug möglich sein sollte. Unter den Frauen fand der Zuzug dieser Gruppe mit 52 Prozent die höchste Akzeptanz.



► **Tab 5 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Bevölkerungsgruppen 2016 – in Prozent**

	West				Ost			
	in eigener Familie und Verwandtschaft	am Arbeitsplatz	in der Nachbarschaft	im Freundes- und Bekanntenkreis	in eigener Familie und Verwandtschaft	am Arbeitsplatz	in der Nachbarschaft	im Freundes- und Bekanntenkreis
Insgesamt	31	61	53	65	14	35	20	34
Geschlecht								
Männer	30	65	52	67	13	36	17	36
Frauen	33	57	53	63	15	32	23	32
Altersgruppen								
18–39 Jahre	38	78	58	82	18	54	30	58
40–59 Jahre	33	70	55	68	13	51	23	37
ab 60 Jahren	24	31	45	47	13	8	12	17
Schulabschluss								
Hauptschule	26	46	48	49	8	10	12	12
Mittlere Reife	29	60	50	62	13	35	16	28
(Fach-)Hochschulreife	37	72	58	79	20	50	31	54

Datenbasis: ALLBUS 2016.

► **Abb 6 Qualität der Erfahrungen mit Ausländern 2016**

Datenbasis: ALLBUS 2016.

takte hatte. In Ostdeutschland lagen die entsprechenden Werte bei 58 % beziehungsweise 17%. ► [Tab 5](#)

Eine interessante Frage ist, ob sich Personen mit Kontakten zu Ausländern in mindestens einem Lebensbereich und solche ohne Kontakte in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern unterscheiden.

Dabei besteht mit den Daten des ALLBUS 2016 zum ersten Mal die Möglichkeit, auch die Qualität der Kontakte zu berücksichtigen. 2016 wurde nämlich erstmals danach gefragt, wie oft man positive beziehungsweise negative Erfahrungen bei Kontakten mit Ausländern gemacht habe. Jeweils eine große Mehrheit der Befragten

hatte bei Kontakten mit in Deutschland lebenden Ausländern oft oder sehr oft positive Erfahrungen gemacht (78 % im Westen, 61 % im Osten) und nur selten oder nie negative Erfahrungen (66 % im Westen, 73 % im Osten). ► [Abb 6](#)

Auch bei einer bilanzierenden Betrachtungsweise, die sowohl die Angaben zu positiven Erfahrungen als auch die zu negativen Erfahrungen berücksichtigt, gaben diejenigen, die in mindestens einem der Lebensbereiche Kontakte zu Ausländern hatten, im Westen mit 81 % und im Osten mit 79 % überwiegend positive Kontakterfahrungen an (mehr positive als negative Erfahrungen). Nur etwa jeder Fünfte berichtete von ambivalenten oder überwiegend negativen Kontakten (gleiche Antwortkategorie bei den beiden Kontaktqualitätsfragen oder mehr negative als positive Erfahrungen). Es zeigt sich, dass diejenigen, die überwiegend positive Kontakte zu Ausländern hatten, den vier ausländerdiskriminierenden Aussagen weitaus seltener zustimmten als diejenigen ohne Kontakt zu Ausländern. Interessant ist die kleine Gruppe derjenigen, die angaben, mindes-

► Tab 6 Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Forderungen nach Kontakterfahrungen 2016 – in Prozent

	West				Ost			
	»Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil (ein bisschen) ¹ besser an den der Deutschen anpassen.«	»Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.«	»Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.«	»Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.«	»Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil (ein bisschen) ¹ besser an den der Deutschen anpassen.«	»Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.«	»Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.«	»Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.«
Ohne Kontakte zu Ausländern	80	24	27	17	88	30	35	25
Mit ambivalenten oder überwiegend negativen Kontakterfahrungen	85	20	24	11	88	23	32	10
Mit überwiegend positiven Kontakterfahrungen	66	7	13	4	73	13	15	5

1 Zusatz »ein bisschen« wurde bei der Hälfte der Befragten verwendet (Fragebogensplit). Die Formulierung hatte keine signifikante Auswirkung auf das Antwortverhalten. Datenbasis: ALLBUS 2016.

tens genauso oft negative wie positive Erfahrungen gemacht zu haben. Bei den drei eindeutig ausländerdiskriminierenden Forderungen wiesen auch sie etwas positivere Einstellungen auf als diejenigen ganz ohne Kontakte zu Ausländern. Dass Ausländer unter sich heiraten sollten, befürworteten im Osten diejenigen ohne Kontakte sogar deutlich häufiger als diejenigen mit gemischten oder negativen Erfahrungen. Anders sieht es bei der Forderung aus, dass die Ausländer ihren Lebensstil besser anpassen sollten. Diese Forderung wurde von denen mit ambivalenten oder überwiegend negativen Erfahrungen im Osten etwa genauso häufig, im Westen sogar noch häufiger befürwortet als von denen ganz ohne Kontakte zu Ausländern. ► Tab 6

10.4.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass ausländerdiskriminierende Forderungen zwar nach wie vor – insbesondere in Ostdeutschland und unter niedriger Gebildeten – in beträchtlichem Ausmaß Zustimmung finden, dass es aber keine Hinweise auf ein zunehmend ausländer-

feindliches Meinungsklima in Deutschland gibt. Die Zustimmungsquoten zu den diskriminierenden Forderungen lassen vielmehr – vor allem langfristig, aber auch mit Blick auf die neuesten Zahlen – eine Tendenz hin zu einer wachsenden Ablehnung solcher Forderungen erkennen. Gleichzeitig scheint die Haltung der Deutschen zur multikulturellen Realität hierzulande von einer gewissen Skepsis gegenüber dem beziehungsweise den Fremden geprägt zu sein. Eine große Mehrheit in West und Ost sowie in allen hier unterschiedenen Subgruppen der Bevölkerung fordert eine größere Assimilationsbereitschaft der in Deutschland lebenden Ausländer ein; den Islam und seine Anhänger sehen die Deutschen eher noch kritischer als vier Jahre zuvor. Gleichzeitig werden Zuzugsmöglichkeiten für Schutzbedürftige (aufgrund von Krieg oder politischer Verfolgung) und die Möglichkeit des Familiennachzugs nur von wenigen prinzipiell infrage gestellt. Bei allen hier untersuchten Einstellungen ist die Haltung der Ostdeutschen ausländerkritischer als die der Westdeutschen.

Was die persönlichen Kontakte angeht, bleibt festzuhalten, dass 2016 die Mehrheit der Deutschen von positiven Erfahrungen im Kontakt mit Ausländerinnen und Ausländern berichtete. Gerade im Freundes- und Bekanntenkreis finden viele Begegnungen statt. Dies ist in Bezug auf eine offene und tolerante Gesellschaft vor allem deshalb wichtig, weil solche Kontakte im Allgemeinen mit einer ausländerfreundlicheren Haltung einhergehen.